

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mk., Reklamen 12,00 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

# TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 74.

Die Staa, den 28. März 1922.

29. Jahrgang.

## Vor der großen Reichstags-sitzung.

SPD. Berlin, 27. März. (Drahtbericht.)

Der Reichskanzler empfing am Montag nachmittags 3 Uhr die Ministerpräsidenten der Länder, um 5 1/2 Uhr die Vertreter der Parteien des Steuerkompromisses. Dr. Wirth legte in kurzen Zügen die Gedankengänge dar, die den Inhalt der Regierungserklärung am Dienstag bilden werden, die er selbst im Reichstag abzugeben gedenkt. Die Ministerpräsidenten billigten die Erklärung des Reichskanzlers. Die Parteien des Steuerkompromisses führten keine Debatte über die Darlegungen Dr. Wirths. Nach dem Reichskanzler werden am Dienstag — falls nicht von der äußersten Rechten oder äußersten Linken Panje oder Verzögerung beantragt wird — die Vertreter der Parteien zu Worte kommen. Ob später auch der Außenminister Dr. Rathenau sprechen wird, hängt von dem Verlauf der Debatte ab. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht der Genosse Stämpfer.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler die Finanzkontrolle in dem geforderten Rahmen für unmöglich erklären wird. Weiter wird Dr. Wirth darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, die geforderten 60 Milliarden neue Steuern in dem angegebenen Zeitraum aufzubringen, andererseits jedoch die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen offen läßt.

Der Reichskanzler empfing nach den Beratungen mit den Ministerpräsidenten und den Vertretern der Koalitionsparteien die unabhängigen Abgeordneten Dr. Breitheid und Dittmann, anschließend die Vertreter der Deutschnationalen, Hergt und Schulz-Bromberg.

## Die Frage eines Vertrauensvotums.

Berlin, 28. März.

Die Frage, ob die Regierungsparteien ein Vertrauensvotum unterbreiten werden, ist noch unbeantwortet. Es sind hierüber noch keine Beschlüsse gefaßt. Ebenso wenig ist bis jetzt bekannt, ob von rechts oder links mit einem Misstrauensvotum vorgegangen werden wird.

## Dr. Wirth über die heutige entscheidende Reichstags-sitzung.

Dresden, 28. März.

Reichskanzler Dr. Wirth veröffentlicht in der „Sächsischen Volkszeitung“ einen Artikel, worin er auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten ostentativ zu sprechen kommt und betont, daß nur die Einheit und Geschlossenheit des Reiches nicht aufgeben können und dürfen, ohne sich selbst aufzugeben. Die Erhaltung der Einheit des Reiches sei das höchste Ziel.

## Die Krise der USPD.

SPD. Berlin, 27. März. (Drahtbericht.)

Die Krise, die jetzt die unabhängige Sozialdemokratie durchläuft, wird kaum übersehen. Es war bisher ein öffentliches Geheimnis, daß verschiedene Auffassungen innerhalb der unabhängigen Sozialdemokratie gegeneinander kämpften und daß insbesondere die Meinungen innerhalb der Reichstagsfraktion auseinandergingen. Erst bei der letzten Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierung Wirth zeigten die Mitglieder der unabhängigen Fraktion vor aller Öffentlichkeit, wie die Urteile auseinandergehen, wie ein Teil die Realpolitik, ein anderer Teil die Politik der leeren Phrasen für die Bessere, die zweckmäßigere hielt. Nicht zuletzt dieses öffentliche Bekenntnis über bestehende Meinungsverschiedenheiten im Verein mit der Aufnahme der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in die USPD, hat die latente Krise innerhalb der unabhängigen Partei zu einer akuten werden lassen. Die Meinungsverschiedenheiten wurden von Tag zu Tag größer, so daß selbst maßgebende Vertreter der USPD, obwohl den jetzt übernommenen Zeitpunkt herbeiführten, um endlich Klarheit zu schaffen, endlich eine grundsätzliche Auseinandersetzung herbeizuführen. Durch den Beschluß, der der „Freiheit“-Redaktion ein Misstrauen ausspricht, ist mit der erstrebten öffentlichen Auseinandersetzung der Anfang gemacht. Erfreulich ist, daß das Ausgehen grundsätzlicher Auffassungen in ruhiger und sachlicher Weise bisher vor sich gegangen ist. Welches Ende die Auseinandersetzung nehmen werden, bleibt vorläufig abzuwarten. Nach der Beschlusseinstimmung der „Freiheit“, die formell erst eine endgültige Entscheidung zu fällen hat, einen Beschluß nicht gefaßt. Von ihrem Urteil wird dem entsprechenden Verhalten des unabhängigen Zentralvorstandes wird die Aktion beziehungsweise die Parteiführung der realpolitisch denkenden Kreise innerhalb der USPD abhängen.

Die Lösung, die die Krise finden kann, ist natürlich mannigfacher Art. Man kann den neuen Riß vertiefen — und das erhofft im Augenblick als der aussichtsreichste Ausweg —, um die wichtigsten Köpfe in journalistischer und anderer Beziehung in der Partei zu behalten; man kann andererseits aber diktatorisch vorgehen und neben den besten Köpfen in der „Freiheit“-Redaktion Mitglieder anderer Redaktionen („Leibziger Volkszeitung“) der Partei gänzlich entzünden. Wie es aber auch sei, die unabhängige Partei erbringt immer mehr den Beweis, daß sie keine Parteienberechtigung besitzt, und ihre Auflösung wird die arbeitenden Massen davon überzeugen, daß Stetigkeit nur in der alten Sozialdemokratie vorherrschend ist.

Berlin, 27. März.  
Wie die „Welt am Montag“ zu der bekannten Krisis in der Freiheitredaktion erzählt, ist die gesamte Redaktion, mit Dr. Hülferting an der Spitze, solidarisch. Sie hat geschlossen ihre Aemter der Pressekommission, von der sie angestellt ist, zur Verfügung gestellt. Die Pressekommission steht auf der Seite der Redaktion. Das wird aber die bisherige Redaktion kaum retten können, da die Mehrheit in den entscheidenden Parteinstanzen sich den radikalen Standpunkt von Kurt Rosenfeld zu eigen gemacht hat. Es liegt auf der Hand, daß die Krisis im Zentralsorgan gleichbedeutend ist mit einer Krisis der ganzen unabhängigen Sozialdemokratie. Seit dem Vertrauensvotum für Wirth, bei dem die Flügel der Parteien auseinander fielen, haben sich die Gegensätze innerhalb der Partei sehr verschärft.

## Chamberlain über Genua.

London, 28. März.

In der Unterhausdebatte erklärte Chamberlain gestern, er sei davon überzeugt, daß das ganze Problem der Westkurie in Genua zur Lösung kommen würde. Unter Heiterkeit des Hauses sprach Lord Curzon, welcher zuweilen es habe, daß Lord George nach Genua gehe, wenn die Reparationskommission inzwischen an dem Bemühen Europas Sabotage verübe. Auf eine Anfrage erklärte Chamberlain, es bestünde kein Zusammenhang zwischen der Veröffentlichung des Memorandums von 1919 und der Konferenz von Genua. Der Geist, von dem das Dokument ausgeht, sei der Geist, den die Regierung während der ganzen Verhandlung gehabt habe.

## Die neuen Grenzen der Türkei.

Sanas legt das Ergebnis der Orientkonferenz, vom französischen Standpunkt gesehen, wie folgt dar: Für den Fall einer Ablehnung der alliierten Vermittlung sei in keiner Weise von Sanktionen, zum Beispiel einer Blockade oder Besetzung Konstantinopels, wie man sie etwa vor einigen Monaten in London ins Auge faßte, die Rede. Solche Drohungen seien übrigens auch illusorisch. Damals sei die französische Diplomatie von der Gefahr bedroht gewesen, entweder zu einer feindseligen Haltung gegen die Türkei oder aber zum Bruch mit ihren Alliierten sich hinreichend zu lassen. Diese Gefahr sei völlig aus dem Wege geräumt. Gleichzeitig mit ihr verschwinde die Spannung, die in den französisch-englischen Beziehungen durch das Angora-Abkommen erzeugt wurde. Dieses Ergebnis gewinne am Vorabend der Genuaer Konferenz schon allein besondere Bedeutung. Frankreich werde auch den Türken gegenüber den moralischen Gehmut aus den Opfern, die es ihnen im Abkommen von Angora brachte, mahnen, denn seiner Ausdauer und Initiative sei größtenteils die jüngste Entwicklung der erlittenen Politik ihnen gegenüber zu danken. Durch das Angebot, das ihr gemacht werde, erlange die Türkei tatsächlich schätzbare Vorteile. Ohne Schmerztrennen und ohne Schäden nehme sie ganz Kleinasien in Besitz, das die griechischen Streitkräfte verwehren könnten, wenn sie mit Gewalt zur Räumung gezwungen würden. Ein besonderes volitives Statut sei nur für die Stadt Smyrna selbst vorzusehen. Es sei übrigens demjenigen ähnlich, unter dem das den Griechen überlassene Adrianopel stehen sollte. Dagegen gelange das Vilajet Smyrna unter volle ottomanische Souveränität. Die Türkei erhalte einen großen Teil Thrakiens, denn die neue Grenze gehe westlich von Kabafo an, von da bis Kirkisse und erde in Media. Griechenland behalte allerdings Gallipoli, aber es bestünde dort die Mehrheit in der Bevölkerung; die Alliierten hätten auf diesem Boden zu viele von ihren Soldaten verloren, um dasselbe heutige Risiko wieder einzugehen. Im übrigen würden die alliierten Streitkräfte auf einer Insel untergebracht. Möglicherweise würden die leitenden Männer in Angora die vorgeschlagenen Änderungen des Vertrages von Sevres immer noch für ungenügend erachten. In diesem Falle sei jedoch in Paris nichts gesehen, was nicht wieder gut zu machen wäre und die Fortführung der Unterhandlungen verhindere. Doch sei es offiziell bekannt, daß Konstantinopel der Waffenstillstandsverträge annehme, und die Vertreter Angoras hätten, als sie von den endgültigen Entscheidungen der Alliierten in Kenntnis gesetzt wurden, eine gewisse Befriedigung nicht verhehlt.

## Weiteres Sinken der Markt.

Berlin, 28. März.

Am Berliner Devisenmarkt legte am Montag eine erneute Hausse ein. Nach Meldungen aus dem Auslande, insbesondere aus Holland, haben dort die Marktkräfte die am Ende der vorigen Woche zu beobachten waren, bereits wieder nachgelassen. Umlich notierten: Kabel Newyork 338 50, London 1485, Holland 12775. Am Effektenmarkt begann sich die Unternehmungslust wieder stärker zu regen. Die Geldknappheit ist anscheinend überwunden. Besonders geübt waren Montan- und Maschinenbauaktien. Die Nachricht von einer bevorstehenden Erhöhung der Zellstoffpreise führte außerdem zu einer Hausse in Zellstoffabriken.

## Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 28. März.

Der Krieg der kemalistischen Türkei gegen das Griechentum Konstantins erstreckt sich nach und nach in den unwegsamen Steinwüsten des westlichen Anatoliens. Er ist dazu verurteilt, entscheidungslos zu bleiben. Die Türken werden die Griechen niemals aus Smyrna vertreiben können, und doch weniger werden griechische Truppen mit Erfolg das innere Anatolien, das jetzt bei Angora erst beginnt, angreifen können.

Trotzdem liegt dieser schleimende Krieg auf den ganzen politischen Verhältnissen des nahen Ostens wie ein schweres Alpdrücken. Und es vergiftet seit Monaten jede französisch-englische Aussprache. In Syrien, in Cilicien und selbst in Konstantinopel sind die englischen und französischen Interessen stark entgegengesetzt. Frankreich hatte sich deshalb insgeheim mit der Türkei verständigt und verkaufte ihr Kriegsmaterial, um sie im Kampfe gegen Griechenland, das das Spiel Englands spielte, zu unterstützen.

Der Vertrag von Sevres hatte die Türken fast reiflos aus Europa verdrängt; Konstantinopel war nur noch dem Namen nach die Residenz des Kalifen. In der Tat herrschten dort englische Verwaltung und englische Schiffskanonen. Frankreich, das seit Jahrzehnten die ganze Türkei als sein Interessengebiet ansieht, war wenig erfreut. Es versuchte deshalb stets aufs neue den Friedensvertrag von Sevres wieder aufzurollen. England aber blieb unerbittlich; die Türkei sollten auf keinen Fall ihre Herrschaft wieder auf europäischen Boden ausdehnen.

Erst vor wenigen Wochen änderte sich die ganze Einstellung von Grund auf. Die indischen Mohammedaner, die besten Stützen der englischen Macht gegen die Unzufriedenheit der indischen Nationalisten, leiteten eine starke panislamitische Bewegung ein. Sie verlangten die Wiedererrichtung der europäischen Herrschaft der Türkei und die völlige Freiheit Konstantinopels und des Kalifens von jeder europäischen Oberherrschaft. Offenbar war angefaßt dieser energiegelichen Stellungnahme der sonst so englandirenen Moslem die Lage in der reichsten englischen Kolonie sehr bedenklich; denn der englische Staatssekretär für Indien, Montagu, empfahl seiner Regierung Nachgiebigkeit. Er stürzte allerdings; aber einige Tage später schloß sich London doch seiner Auffassung an, und jetzt hat es, auf der oben genannten Konferenz, einer Revision des türkischen Friedens zugestimmt. Die französische Politik feiert einen neuen Triumph.

Nach den neuen Vorschlägen bekommt die Türkei große Gebiete ihrer früheren Herrschaft wieder; Thrazien bis vor die Tore Adrianopels, das selbständige Verwaltung bekommt, und bis nach Kabafo soll wieder türkisch werden. Unweit des Schwarzen Meeres bekommen sogar Bulgarien und die Türkei eine gemeinsame Grenztruppe. In Kleinasien wird die ganze Provinz Smyrna wieder dem Sultan unterstellt; nur die Stadt Smyrna bleibt selbständig. Als Erinnerung an ihre vorübergehende so großen Eroberungen behalten die Griechen nur die Inseln und Gallipoli.

Vorläufig sind diese Entscheidungen der Orientkonferenz nur Vorschläge. Es ist jedoch nicht daran zu zweifeln, daß die Griechen sie unter dem Zwange ihrer mitleidigen Lage annehmen werden. Die Türken aber können damit zufrieden sein. So wird in absehbarer Zeit auch in Kleinasien die Herrschaft der Fremden einziehen; und auch hier wird Frankreichs Einfluß für die nahe Zukunft allmächtig werden. Wann wird der alte Gott der ausgleichenden Gerechtigkeit endlich dafür sorgen, daß auch die französischen Bäume nicht in den Himmel wachsen?

Der erste Mai ist für Lübeck gesetzlicher Feiertag geworden. In Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt rüsteten die Arbeitermassen zu gewaltigen Maidemonstrationen für Völkerverständigung und Weltfrieden.

In allen Ländern gibt es eine gewisse Sorte Menschen, denen solche Feiertage, solche Kundgebungen ein Grauel sind. Sie träumen von früh bis spät von Kaisergeburtstagen, von Gedankfesten und Siegesfeiern mit ihrem patriotischen Gesäße und Gebrüll. Wenn sie nur von ferne an eine ihrer früheren Kriegsveranstaltungen oder Kaiserreden erinnert werden, so verfallen sie in jene bekannte Raserei, die für ganze Wochen Körper und Geist rettungslos verdirbt.

In einem solchen Zustand ist der Leitartikler der „Lübecker Anzeiger“ seit einigen Tagen geraten. Es fing damit an, daß er den Franzosen die gepanzerte Faust zeigte. Und nun ist er dabei, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften einen Vortritt zu halten, der sich ungefähr auf der Höhe einer Referenteninstruktionssitzung bewegt.

Schon vor einigen Tagen machten wir darauf aufmerksam, daß die meisten Artikel der „Lübeckischen Anzeigen“ ebenjotut in der Pariser „Victoire“ stehen könnten, oder in der „Action française“. Mit Rollenvertauschung allerdings! Auch in der französischen Hefepresse schimpfen eine Reihe entlassener Offiziere Tag und Nacht auf die Verständigungspolitik und die Sozialisten. Auch sie können die schöne Zeit nicht vergessen, wo sie im Schmuck ihrer Orden und Abzeichen als Orisommandanten und dergl. auf dem Höhepunkt ihrer Macht standen. Auch sie möchten den Krieg, mit seinen Annehmlichkeiten für einige Ausergählte, zu einem ewigen Zustand machen. Wie könnte man dann fernerhin diese verfluchten Gewerkschaften klein machen! Und wie könnte man dann auch diese Sozialdemokraten zum Schweigen bringen.

Wir möchten uns eine kleine Anfrage erlauben. Wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte, und wenn dann die deutsche Sozialdemokratie für Nachsicht und Verständigung mit den Besiegten eintreten würde, welche Stellung würden dann die „Lübeckischen Anzeigen“ und ihre Gesinnungsgenossen einnehmen? Wie würden sie alle, die von Verharmeln und entgegenkommender Vernunft zu reden wagten, mit Hohn und Spott überschütten! Mit welchem Geschrei würden beständig Unentwegte, wie sie in der Königsstraße die Feder führen, deutsche Gewaltmaßnahmen verlangen! Das Damoklesschwert der deutschen Einmarschdrohung würde Burg und andere französische Provinzen genau so drohen, wie jetzt französische dem Ruhrgebiete.

Mögen sich das die nationalistischen Herrschaften in der Königsstraße in einer nachdenklichen Stunde einmal zu Gemüte führen. Vielleicht geht ihnen dann ein Licht auf über ihre eigene Schuld und über die Lächerlichkeit ihres ewigen Schimpfens gegen die Sozialdemokratie.

Wir wissen, daß leider in vielen Ländern unsere Genossen noch machtlos sind. Die Schuld daran aber haben die Militaristen aller Länder; und nicht zum wenigsten die deutschen. Und diese hätten doch wahrhaftig allen Grund, über das Unglück, in das sie Deutschland gestürzt haben, nachzudenken; anstatt denen, die in mühsamer Arbeit wieder gutmachen wollen, stets neue Schwierigkeiten zu bereiten, und sie stets aufs neue mit Schmutz und Lüge zu bewerfen.

## Die Pariser Orientkonferenz.

„Petit Parisien“ schreibt zu den bisherigen Verhandlungen der Orientkonferenz, man würde ein wenig überrascht urteilen, wenn man annehme, daß alles bei den Beratungen nach Wunsch gehe und daß die endgültige Lösung schon in Aussicht stehe. Die Alliierten seien von einer Einigung in den wesentlichen Fragen noch sehr weit entfernt. Die Frage des Schutzes der Minderheiten sei nach der Conclusion der letzten Wochen im voraus schon geregelt gewesen. Das sei aber nicht mit den drei nicht weniger verwickelten Fragen der Fall, nämlich mit dem Regime der Meerengen, der Räumung von Konstantinopel durch die alliierten Truppen und der Bestimmung der Grenze von Thrakien. Das gleiche Blatt erklärt, man erwarte nicht, daß die Türken den Vorschlag des Waffenstillstandes unterzeichnen würden, bevor man ihnen nicht von dem Gesamtvorschlag der Alliierten Kenntnis gebe.

In der Frage der Räumung Kleinasiens griff man auf die Vorschläge der Generale Pellé, Harrington und Marietti, die sich in Konstantinopel befinden, zurück. Danach soll die Räumung schrittweise innerhalb fünf Monaten erfolgen. Das Gebiet von Smyrna wird ebenfalls geräumt. Strenge Maßnahmen werden getroffen, damit nach erfolgter Räumung durch die griechischen Truppen in diesem Gebiet keinerlei Unruhen ausbrechen. Die alliierten Truppen werden infolgedessen bis zum Abschluß dieser Räumung in Smyrna, Pänderna und Bursa verbleiben, während drei Kreuzer die Räumung der Küstengebiete überwachen werden. Ungeklärt ist noch die Frage, welches Regime Smyrna erhalten soll, man nimmt aber an, daß es für autonom erklärt werden wird. Einem Vorschlag von Lord Curzon folgend, werden sich die Alliierten nur das Recht vorbehalten, der türkischen Regierung den Kandidaten für den Posten des Wali vorzuschlagen. Auch den Armeniern wird ausreichender Schutz in Armenien und Cilizien zugesichert werden.

Der französische Entwurf für die Lösung der Orientfrage geht nach einem Pariser Bericht der „Daily Mail“ besonders darauf hinaus, dem Kalifen von Konstantinopel das Ansehen wieder zurückzugeben, das ihm durch den Vertrag von Sevres genommen wurde. Der Sultan soll die Kalifenwürde über alle Muselmanen zurückerhalten. Die heiligen Orte des Islam sollen wieder unter die geistliche Herrschaft des Kalifen von Konstantinopel gestellt werden, vor allem Mekka, Medina, Bagdad, Adrianopel und Konstantinopel. Die Generäle Gouraud und Weygand haben besonders auf die Gefahr eines muslimanischen Aufstandes hingewiesen, wenn die Frage des Kalifats nicht im Sinne der Wünsche der Muselmanen gelöst werde.

## Ein Ankläger Voicars.

Paris, 26. März. (Drahtbericht.)

Anlässlich der Enthüllung eines Gefallenendenkmals in einem Pariser Gymnasium, der Ministerpräsident Voicars beimobnen soll, hat einer der bekanntesten Mediziner Frankreichs, das Mitglied der Akademie für Medizin und Professor der Gemeinlehre an der Universität Paris, Brenant, einen Brief an den Direktor der Anstalt geschrieben, der er durch die „Humanität“ veröffentlichte. Der Brief lautet:

„In meinem großen Bedauern werde ich der Einweihungsfeierlichkeit bei dem zu Ehren der Schüler und ehemaligen Schüler des Gymnasiums Louis le Grand errichteten Denkmals nicht beizuwohnen können. Jedoch war es für mich ein sehr erwünschter Wunsch, daß diese Trauerfeier stattfindet und bei ihr das Gedächtnis meines Sohnes geehrt werden sollte. Die Unwissenheit Voicars als Leiter der Zeremonie klärt die weinige aus. Wenn ich den Raum sehe und höre, der mit ebenso vielen französischen als ausländischen Mitbürgern durch keine verdrängten Eingänge des Krieg entsetzt und den Tod von Millionen Opfern, darunter auch den meines Sohnes, verursacht hat, wenn ich ihn sehe und höre, wie er abwechselnd mit erschauernem Harne die Schwärze an die Geschehen wuschert und angedrückt der Tugend der Eltern des Kopf hängen läßt, würde mein Schmerz sich manifest, würde er sich in großer Enttäuschung äußern.“

Die Unwissenheit Voicars bei einer solchen Feier, vor allen Dingen der Umstand, daß er sie leitet, erscheint mir wie eine Herausforderung. Ich verstehe diese Unwissenheit nicht, wenn man seine Persönlichkeit einer anderen, bescheideneren, aber würdigeren vorgezogen hat. Ich begreife sie wohl, wenn er sich selbst angeboten hat mit keinem gewöhnlichsmöglichen eingeheilten Zynismus, bedacht auf den Nutzen, den er dabei findet, um über seine Haltung und über seine Verantwortlichkeit hinwegzutäuschen.“

## Moskaus Antwort auf den Protest.

Die belgische Arbeiterpartei hat am 21. März ein aus Riga übermitteltes Telegramm der Sowjetregierung erhalten, das vom Volkskommissar für Justiz gezeichnet ist und eine Antwort auf ihre bezw. auf alle anderen Protestkundgebungen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Auslandes gegen das an den verhafteten Sozialrevolutionären geplante Verbrechen darstellt.

Diese Antwort ist nur insofern klar, als sie müßte Beschimpfungen der Parteien der Zweiten und der Wiener Internationalen enthält, die stets der Politik des direkten und indirekten Bündnisses mit den ausbeutenden Klassen treu geblieben sind, die in allen Ländern die Kommunisten verfolgt und massakriert haben, namentlich in Deutschland. Sodann heißt es weiter:

„Aber dieses Bündnis und diese politische Verwandtschaft zwischen den sozialrevolutionären bzw. menschenwichtigen Parteien, die vergebens die Unternehmungen von Kollschak, Denikin usw. unterstützt haben, erklären das Vertrauen, das eure Parteien jetzt den Sozialrevolutionären schenken und die Verteidigung derer, die ihr eure Genossen nennt und die in Wirklichkeit die Mörder der russischen Kommunisten sind.“

Es ist natürlich eine ganz freche Geschichtsklitterung, wenn die Sowjetregierung behauptet, daß Sozialrevolutionäre und Menschewiki die weißgardistischen militärischen Expeditionen unterstützt hätten. Die wenigen ehemaligen Sozialrevolutionäre, auf die diese Behauptung allenfalls zutreffen könnte, sind von ihrer Partei, in der sie niemals eine führende Rolle gespielt haben, ausgeschlossen worden, und das war z. B. der Grund, weshalb der Kongress der Zweiten Internationalen in Genf im August 1920 die Aufnahme einer von Alexinski geführten Gruppe ausdrücklich abgelehnt hat.

Sodann erklärt das Telegramm, daß der Prozeß gegen die betreffenden „sozialrevolutionären Mörder“ noch gar nicht begonnen hätte, und daß nicht einmal die Anklageschrift ihnen bisher überreicht worden sei.

Völlig unklar ist aber der Schlusssatz des Antworttelegramms. Es heißt darin:

„Ich halte es jedenfalls für meine Pflicht, hinzuzufügen, daß die Sowjetregierung niemals einen Vorschlag auf Gefangenenaustausch oder auf Befreiung dieser oder jener Kategorie von Inhaftierten abgelehnt hat, als derartige Vorschläge von der Regierung Denikins gemacht wurden, und zwar im Augenblick selbst, wo dieser in Sowjetrußland einmarschierte, um dort die Herrschaft der Großgrundbesitzer wieder aufzurichten.“

Soll dieser Schlusssatz nur eine neue Schmähung darstellen, indem man damit andeuten will: auf den Vorschlag eines Denikin würden wir eingehen, aber eure Proteste lassen uns kalt — oder wird das Schicksal der sozialrevolutionären Opfer einiger bolschewistischer Spitzel zu einem Schacherobjekt werden, wobei die Sowjetregierung irgend welche Gegenleistungen erwartet?

## Gegen den neuen Zorismus!

Der in Berlin erscheinende „Golos Rossii“ veröffentlicht die folgenden zwei Protestkundgebungen gegen die beschämte Hinrichtung der russischen Sozialrevolutionäre, die wir nach der SAR. unseren Lesern übermitteln:

Meine Genossen!

Ich verfolge im Augenblick über keine Zeitschrift, auch nehme ich in der deutschen Sozialdemokratie heute keine offizielle Stellung ein, ich kann also nur für mich als Person sprechen.

Ich halte es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden, der des Namens Sozialist würdig sein will, sich der Protestaktion der Sozialrevolutionäre anzuschließen, um den geplanten feigen Mord an den 47 angeklagten Mitgliedern ihrer Partei zu verhindern und, wenn es schon unvermeidlich sein sollte, daß sie heute noch wegen weit zurückliegender Taten gerichtet werden sollten, zu erwirken, daß sie vor ein unparteiisches Gericht, bestimmt aus Mitgliedern der drei proletarischen Internationalen, gestellt werden.

Dies zu erlangen, erscheint mir ebenso wichtig, wie die Bestimmung einer Kommission durch die drei Internationalen, die nach Georgien geschickt werden soll, um dort die Verhältnisse zu untersuchen und das georgische Volk in den Stand zu setzen, frei über sein Schicksal zu entscheiden.

Ich habe beiden Aufgaben leider allerdings der Protest zur Verhinderung der Hinrichtung unserer angeklagten Genossen aus der Partei der Sozialrevolutionäre nicht den geringsten Aufschwung.

Ich hoffe, daß es keine sozialistische Partei geben wird, möge sie der Zweiten Internationale angehören oder der Wiener Arbeitergemeinschaft, die in dieser Sache nicht ihre volle Schuldigkeit tut.

Sollten die kommunistischen Parteien bei dieser Protestaktion zur Seite stehen oder gar sie durchkreuzen wollen, dann wären sie nur dem Proletariat der Welt zu brandmarken als seine Feinde der Moskauer Fenster, als Anechte der jeder Würde und jeder Gerechtigkeit mit demer niemand Gemeinschaft pflegen kann, dem es ernst ist mit der Befreiung des Proletariats.

Mit den besten Wünschen für den Erfolg eurer Aktion  
beglücke ich Euch herzlich  
Euer  
Karl Kautsky

Die Anklage und Strafverfolgung von Anhängern einer russischen Partei durch eine aus Angehörigen einer rivalisierenden Partei zusammengesetzte Regierung auf das Zeugnis eines aus jener ersten Partei ausgeschiedenen Ueberläufers und notorischen Propagandisten ist unter allen Umständen eine geistliche Handlung, die bisher unter Sozialisten mit Recht als verwerflich betrachtet wurde. Eine Beteiligung an schwerer Strafe aber oder gar Vollstreckung solcher auf ein derartiges Zeugnis hin, würde nur als ein abscheuliches Verbrechen bezeichnet werden können.

G. Serukin

## Genf gegen die kommunistischen Thesen.

Wir berichteten kürzlich über die Rede Lenins auf dem Reichsarbeiterkongress. Nach den ersten dürftigen Auszügen war der Hauptinhalt der Rede der, daß Lenin persönlich nach Genf gehen werde und daß er die Konferenz lediglich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachte. Es sei nun einmal notwendig, mit den kapitalistischen Ländern Handel zu treiben und aus dieser Notwendigkeit müsse man

keine Konsequenzen ziehen. Dabei könnte er betonen, daß der Rückzug, den das kommunistische Rußland angetreten habe, bereits beendet sei.

Wie nunmehr bekannt wird, enthielt die Rede Lenins noch einen zweiten Teil, der sich im wesentlichen an seine Parteifreunde selbst wandte und in dem er ihnen sehr unangenehme Wahrheiten sagte. Es war im großen und ganzen eine Abkehr von der bisherigen Parteipolitik, die unfähig sei, positive Arbeit zu leisten. Nach einem vorliegenden Bericht sagte er u. a.:

„Wir müssen die Regierungsmaschine so gestalten, daß an der Spitze wichtiger Ämter nicht Männer stehen, die auf diesem Gebiet nichts verstehen. Unsere Kommunisten sind ja lauter prächtige Kerle, aber für die praktische Arbeit taugen sie nicht. In der Theorie ist bei uns alles so vorzüglich, daß der pünktlichste Deutsche daran seine Freude haben müßte, aber in der Praxis geht alles drunter und drüber, und niemand weiß, wofür er eigentlich verantwortlich ist. Wir haben zwar eine große Reinigung der Ämter durchgeführt. Hunderttausende von Lumpen, Dieben und Faulenzern haben wir zum Teufel gejagt. Das war gut, aber das genügt noch lange nicht. Zehntausende müssen noch daselbstes Schicksal erleiden. Wir brauchen ausschließlich Leute, die wirklich was leisten können und wollen. Unser gefährlichster Feind ist heute der kommunistische Redner, der auf wichtiger und verantwortungsvoller Verwaltungsstelle sitzt. Von diesem Feinde müssen wir uns und den Staat befreien. Die große bevorstehende Reinigung gilt den Parteiführern, die sich auch für Administratoren halten. Das sind die großen Propagandisten und Agitatoren, die zwar Alles niederzureißen verstanden, aber unfähig sind, Neues an seine Stelle zu setzen. Ihr ganzes Tagewerk besteht in der Erfindung von neuen und immer schöneren Theorien. Die Kleinarbeit des Alltags interessiert sie nicht, ist ihnen zu lästig und beschwerlich.“

Die Schärfe, mit der Lenin von den Führern der kommunistischen Partei spricht, läßt darauf schließen, daß er innerlich mit ihnen fertig ist und daß er sie gern abschütteln möchte. Um so verfehlter wäre es, wenn man in Genf nicht über die russische Frage sprechen sollte.

Geheimrat Dr. G. Klemperer, Direktor der Inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses Moabit, ist, wie M.B. mitteilt, zur ärztlichen Beratung von Lenin nach Moskau berufen worden.

## Der deutsch-lettische Wirtschaftsvertrag unterzeichnet.

Berlin, 28. März.

Im Auswärtigen Amt wurde gestern der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der lettischen Republik zur Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Lettland unterzeichnet.

## Fehr nimmt an.

München, 28. März.

Der neue Reichsernährungsminister, Hochschulprofessor Fehr, hat den Posten des Reichsernährungsministers angenommen.

## Eine Demonstration gegen „Die Weber“.

Wie der „Tag“ aus Breslau meldet, lehnte der schlesische Provinziallandtag die Gewährung von 100 000 Mk. für die im August geplanten Gerhard Hauptmann-Festspiele ab, trotzdem der Provinzialausschuß für die Gewährung war. Als Grund der Verweigerung der Summe wurden die schlechten Finanzverhältnisse und die traurigen Zeitumstände als Gesichtspunkt angegeben, dafür, daß die Durchführung der „Weber“ aufreißend wirken könne. Bei der Ablehnung, die mit 57 gegen 45 Stimmen erfolgte, gaben die Oberbesitzer, die mit Ausnahme von einer Stimme geschlossen für die Ablehnung stimmten, die Entscheidung.

Die Angst vor der Aufrüttelung des sozialen Bewusstseins durch das Meisterwerk des größten lebenden deutschen Dichters ist eine Kulturhande für die Heimat des Dichters.

## Das größte Schiff der Welt.

Hamburg, 27. März. (Eq. Drahtbericht.)

Das größte Schiff der Welt, der 56 500 Tonnen große Turbinen-Schnelldampfer „Bismarck“ aus der Imperatorgruppe, der auf der Hamburger Werft von Blohm & Voß gebaut wurde, wird am Dienstag, dem 28. März, elbwärts gehen und Hamburg verlassen. Das Schiff, das einen Wert von 40 Millionen Goldmark, oder 3 1/2 Milliarden Papiermark repräsentiert und mit allem erdenklichen Luxus ausgestattet ist, gehört zu den Schiffen, das laut Vereinbarung mit der Entente nach den ursprünglichen Plänen fertigzustellen war und in englischen Besitz übergeht. Die Presse war am Sonntag zu einer Besichtigung des Dampfers eingeladen, der 4 000 Passagiere fassen kann, und eine Mannschaft von tausend Köpfen besitzen wird. Die achtundvierzig Kessel des Dampfers werden mit Del geheizt und zwar werden 800 Tonnen pro Tag gebraucht werden, was einer Summe von 4 Millionen entspricht. Das Schiff ist 290 m lang, 30,5 m breit und vom Kiel bis zur Mastspitze 76 m hoch. Innen machen die Räume I. und II. Klasse, die lediglich gezeigt wurden, den Eindruck eines luxuriösen Hotels von amerikanischem Ausmaß. Es sind Tanzsäle, eine Schwimmhalle, Sportplätze und verschwenderische Wohnräume vorhanden. Das Schiff ist bereits vor Ausbruch des Krieges im Besitz des Kaisers vom Stapel gelaufen. Sein Bau war durch den Krieg unterbrochen und ist jetzt beendet. Das Schiff wird am Dienstag von Witte-Stare-Line in Cuxhaven übernommen und wird „Majestic“ genannt werden.

## Perne leiden — ohne Reklame.

Es muß für gestürzte „Größen“ doch sehr schwer sein, Würde zu bewahren. Die verjagten und geslohenen Hohenzollern verstehen es jedenfalls nicht. Die erledigten deutschen Monarchen sind fortwährend dabei, Reklame für sich zu machen, und scheinen sich im Ernst einzubilden, daß sie damit ihre Wiederkehr vorbereiten könnten.

In den vergangenen Wochen war es der frühere Kronprinz, der sich alle Mühe gab, sich in ein besseres Licht zu setzen. Er wollte schon lange zum Frieden geraten, schon von jeher den Untergang der Eroberungspläne eingesehen haben und schon seit langem ein überzeugter Demokrat sein.

wesen sein. Allerdings steht dieses neueste Selbstporträt auch mit allem in Widerspruch, was Friedrich Wilhelm als Kronprinz gesagt und geschrieben hat.

Die Propaganda des früheren Kronprinzen läßt indessen den Papa nicht schlafen. Seine Geschichtstabellen, langweilig zurechtgeschliffen, wie sie sind, haben wohl nur einen mäßigen Absatz gefunden. So muß denn jetzt ein General von Eisenhart-Rothe-Erinnerungen an die letzten Tage im Hauptquartier niederschreiben, die beweisen sollen, daß Wilhelm bester Feind kein Feindling, sondern nur ein „verhinderter Held“ war. Er wollte, Schulter an Schulter mit den Treuen stehend, mit ihnen sterben; aber Gröner, Hindenburg und Freiherr v. Grünau haben ihn nach Neutralität gedrängt und der Kanzler Prinz Max v. Baden, so sagt Wilhelms Tagebuch, „hat gemeinsame Sache mit den Sozialdemokraten gemacht und mir so den Dolch in den Rücken gestochen. So bleib mir nichts anderes übrig, als mich selbst zu überwinden und von der Armee fortzugehen. Ich gehe blutenden Herzens!“ Wer empfindet nicht die weltgeschichtliche Tragik dieser wilhelminischen Tagebuchnotiz. Jeder soll — ein Schauspieler! Er hat sein Herabfall vergessen — was will man mehr von ihm? Er erinnert peinlich an den unralten Witz von dem Helden: „Haltet mich, sonst passiert ein Unglück!“ Glücklicherweise hat ihn der Verräter Gröner gehalten und Prinz Max ihm den Dolch in den Rücken gestochen. Nun weiß man doch endlich, was es mit dem Dolchstoß auf sich hat. Nur ob er in den Rücken oder in den Nacken ging, darüber sind sich die Gelehrten noch nicht einig.

Das viele Reden über die Gründe des unterbliebenen Heldentodes macht die Affäre und den Träger der Hauptrolle nur noch lächerlicher. Wenn sie doch bloß zu schweigen verstanden!

Aber sie machen fortgesetzt Reklame. Wenn es nicht anders geht, abwechselnd mit Prozessen und Sinterfrontkämpfertagen. Ein Prinz prägt deutsche Worte, ein anderer will ein guter Bürger der Republik werden, ein dritter appelliert an das Mitleid mit seinem Glend, ein vierter schnorrt um Offiziersstipendien beim Reich. Die Herren Hohenzollern können sich absolut nicht damit abfinden, daß sie aus dem politischen Teil bestenfalls in die Ecke für Vermischtes und Humor geraten sind. Es ist peinlich genug, sich mit so kleinen einst Großen noch beschäftigen zu müssen. Aber die Hohenzollernreklame zwingt unweigerlich dazu, immer wieder von der unheilvollen und jämmerlichen Rolle zu sprechen, welche diese Leute zu Deutschlands Unglück geführt haben.

### Die Fehe gegen die Schutzpolizei.

Die „Kreuz-Ztg.“ veröffentlichte jüngst unter dem bezeichnenden Titel „Die Schutzpolizei vor dem Zusammenbruch“ einen tendenziösen Artikel, der wieder einmal in der gewohnten reaktionären Manier die Schutzpolizei als gänzlich unzuverlässig, bolschewistisch unterwürdig usw. hinzustellen suchte. Andere reaktionäre Blätter druckten diese Ausführungen mit Wonne nach. Hierzu schreibt der amtliche preussische Pressedienst:

Von deutschnationaler Seite sind wieder einmal ungerechtfertigte scharfe Angriffe gegen das Ministerium des Innern und den Leiter des Polizeiwesens, Ministerialdirektor Dr. A. Begg, gerichtet worden. Es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß sich gewisse Kreise ausschließlich von einer kleinen Gruppe von Polizeioffizieren, denen das Verdienst für die außerordentlichen Verhältnisse sowie für die teilweise Notwendigkeiten zu fehlen scheint, unterrichten lassen.

Was die tatsächlichen Ausführungen des Artikels betrifft, so ist es unrichtig, daß während des Eisenbahnstreiks viele Fälle von Unbotmäßigkeit vorgekommen seien. Geldsammlungen für die Streikenden sind festgestelltermaßen vor keinem Verband vorgekommen, sondern nur von einem Oberwachmeister in Berlin aus eigenem Antrieb erfolgt. Wegen dieses Falles ist das Exzessverbot veranlaßt worden. In Hannover sind keine Streikgelder gesammelt worden. — Unter den im Ministerium des Innern beschäftigten Polizeioffizieren befindet sich nicht nur ein Mitglied eines Verbandes, sondern Mitglieder der verschiedenen Polizeibeamtensverbände, wogegen bei der Vereinigungsfeier der Beamten nichts eingewendet werden kann. Eine Bevorzugung irgendeines Verbandes hat nie stattgefunden, im Gegenteil zeigen die Erfolge mit aller Deutlichkeit, daß die Verbände auf das ihnen zustehende Gebiet beschränkt sind.

Was die Disziplinargewalt der Führer der Formationen betrifft, so ist dem Angreifer entgangen, daß seit der planmäßigen Aufstellung der Schutzpolizeibeamten die früheren für die im Angestelltenverhältnis befindlichen Angehörigen der Sicherheitspolizei erlassenen Vorschriften nicht mehr aufrecht zu erhalten waren, insbesondere war es nach § 19 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 unzulässig, den Führern die Befugnis zur Verhängung von Geldstrafen zuzuerkennen. Den in dem Artikel erwähnten Missetaten kann nur durch besondere Vorschriften des hervorstehenden Schutzpolizeibeamtengesetzes begegnet werden; tatsächlich sind sie in dem Entwurf berücksichtigt. In demselben Geleise wird das Anstellungsverhältnis der Beamten geregelt. Der Gesetzesentwurf hat bekanntlich inzwischen das Staatsministerium passiert und liegt dem Staatsrat zur Begutachtung vor. Die frühere Einbringung war nicht möglich, da ein preussisches Schutzpolizeibeamtengesetz die vorherige Herausgabe eines Reichsrahmengesetzes zur Voraussetzung hat, das erst jetzt im Entwurf ausgearbeitet worden ist.

Die Unterbringung und Bekleidung der Schutzpolizeibeamten wurde deshalb noch nicht befriedigend gestaltet werden, weil die bedrängte Finanzlage des Staates und der Gemeinden, dann aber auch die Unsicherheit der endgültigen Gestaltung im Hinblick auf die noch schwebenden Verhandlungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission im Wege stand. Befristlich begehren wir diese u. a. Inwieweit auf die Uniformierung als auch auf die Orte, in denen die Schutzpolizei untergebracht ist.

### Wilhelms Matrazenburg.

Aus dem mehrfach erwähnten Buch des Generals von Eisenhart-Rothe werden weitere Auszüge über den 9. November 1918 in Spa bekannt. Sie ergeben ein Bild der vollendeten Kopflosigkeit im Großen Hauptquartier. So zeigt folgende Schilderung den erlauchten Kommandanten in einer seiner letzten Rollen: „Der Kaiser selbst wohnte bekanntlich in der Villa Freizeits, in der bei den beschränkten Raumverhältnissen außer ihm nur zwei Flügeladjutanten untergebracht waren. Zwischen drei und vier Uhr nachmittags erteilte der Kaiser dem Generaladjutanten v. Contard den Befehl, dieses Quartier für die Unterbringung auch des übrigen militärischen Gefolges, also der Generale und anderer Offiziere aus der nächsten Umgebung des Kaisers vorzubereiten. Matrazen sollten ausgelegt werden, Besondant herangeschafft und für die Herbeiführung von Wasser und Munition sollte Sorge getragen werden. In den umliegenden Häusern wollte man das Sturmgeschütz Nr. 1, das

besonders zuverlässig galt, unterbringen. Dem Befehl begann man tatsächlich nachzukommen. Das Abendessen wollte der Kaiser im Hofzuge einnehmen und dann zur Villa Freizeits zurückkehren, in der man sich gegebenenfalls verteidigen könne. Dieselbe Ansicht äußerte der Kaiser den Flügeladjutanten Graf Dohna, Hirschfeld und von Mernann gegenüber.

Aber auch diese heldenhafte Verteidigung unterblieb, weil man in der Eile gar nicht darüber nachgedacht hatte, gegen wen man sich eigentlich verteidigen wollte! Irigendwo Kaninchen gerührt behauptete, daß „zehntausend Matrosen von Wachen her im Anzug gegen das Hauptquartier“ seien. Von den dort versammelten Hohegenerälen usw. wurde mangels jeglicher Kriegserfahrung dieser Bericht trotz seiner offensichtlichen Unwahrscheinlichkeit geglaubt.

Wilhelm hat also nacheinander alle Heldenposen eingenommen: Er hat in seinem Tagebuch geschworen, den Heldentod zu sterben, er hat nach Berlin telegraphiert, daß er bei der Truppe bleibe und als König von Preußen nicht abdankt, er hat sich schließlich nach dem Rezept Kleins im „Prinzen von Homburg“ wie der Bey von Tunis in seiner Behausung verbarrikadiert, — und ist schließlich, als er alle schauspielerischen Möglichkeiten der Situation ausgenutzt hatte, still und bescheiden nach Holland abgedampft. Für die Byzantiner aber bleibt er der „Heldenkaiser“.

### Machtprobe der Metallgewaltigen.

Die Kämpfe, die den Arbeitern der Metallindustrie in Bayern, Württemberg und dem badi-sch-pfälzischen Rheingebiet aufgezwungen wurden, erweckten die Aufmerksamkeit der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft. Einmal ist es die große Zahl der in Süddeutschland streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter, die weit über Hunderttausend hinausgeht, weiter aber das Kampfsobjekt und die Taktik der Unternehmer, die diesem Kampfe ein besonderes Gepräge geben.

Die „Arbeitgeberzeitung“ behauptet, „die verschiedenen Metallarbeiterstreiks, namentlich in Süddeutschland sollten von dem Deutschen Metallarbeiterverband offenbar planmäßig zu einer großen allgemeinen Bewegung zusammengefaßt werden. Diesen Absichten sind die bayerischen Metallindustriellen jetzt zuvorgekommen, indem sie die Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft beschlossen“. In gleicher Weise wird durch die bürgerliche Tagespresse versucht, die Öffentlichkeit über diese Bewegung irre zu führen. Die Arbeitgeber, die die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden zur Bedingung von Verhandlungen machen, erklären ganz harmlos, das sei doch kein Grund, einen derart schweren Kampf zu entfesseln. Ist das wirklich kein Grund, dann müßten die Unternehmer von ihrer Forderung ablassen, nachdem sie bereits die 44stündige und 45stündige Arbeitszeit auf 46 Stunden verlängert haben. Da die verfürzte Sonnabendarbeitszeit beibehalten werden soll, würde es sich bei Einführung der 48-Stunden-Woche um eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit an den übrigen fünf Wochentagen um je 24 Minuten handeln, um drei Minuten je Stunde. Es ist ein alter Grundsatz in den wirtschaftlichen Kämpfen, der auch von den Arbeitgebern in der Regel anerkannt wurde, daß bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen. Abgesehen davon, daß die Arbeitszeit in Süddeutschland von jeher kürzer war als in Norddeutschland ist zu beachten, worauf bereits in einem Heft über den Kampf in Württemberg hingewiesen wurde, daß die Arbeiter täglich zwei Stunden für die Wege von und zur Arbeitsstelle aufwenden müssen. Dies trifft teilweise auch für die übrigen süddeutschen Gebiete zu.

Ein Teil der Arbeiterschaft wohnt auf dem Lande und hat sich hier auf Feld- und Gärtenwirtschaft mit eingestellt, worauf er bei den verhältnismäßig geringen Löhnen in der Metallindustrie Süddeutschlands nicht ohne weiteres verzichten kann. Daß unter diesen besonderen Umständen die Arbeiterschaft auf den Vorteil einer um zwei Stunden kürzeren Arbeitszeit nicht ohne weiteres verzichten will, liegt klar auf der Hand. Würde sie durch das Vorgehen der Unternehmer zu diesem Verzicht genötigt, dann ist noch sehr die Frage, ob in den um je drei Minuten verlängerten Arbeitsstunden mehr geleistet wird als davor.

So wichtig auch dieser Streitpunkt ist, den die Unternehmer vom Zaun gebrochen haben, so ist er doch nicht der einzige, um den der Kampf sich dreht. Nicht minder wesentlich ist die Lohnfrage. Man machte die Verhandlungen über die unbedingt notwendigen Lohnregelungen von der Einwilligung in die 48-Stunden-Woche abhängig, in Bayern wie in Württemberg. Die Schlichtungsstellen fällten Schiedsprüche für die 45stündige Arbeitszeit, die von den Arbeitern in Abstimmungen mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde. Aber auch hinsichtlich der Lohnzulage genügt diese Schiedsprüche den Anforderungen der Arbeiter in keiner Weise.

In dem ganzen Vorgehen und Verhalten der Metallindustriellen liegt System. Sie kennen den Widerstand, besonders der süddeutschen Arbeiter gegen die Arbeitszeitverlängerung sehr wohl und nützen ihn zum Lohndruck aus. Führt ihre Machtpolitik in Süddeutschland zum Erfolg, dann beginnt der „Abbau“ auf der ganzen Linie über dem Main. Die Zeit unerschörter Lebensmittelteuerung, der Tiefstand unserer Valuta scheint den Metallgewaltigen offenbar geeignet, ein einmal die Arbeiterschaft durch Stockbrügel auf den Wagen mühe zu machen, womöglich ihre Organisation finanziell stark zu schwächen, weiter aber um eine Reihe von Kleinbetrieben aufzufangen, deren Inhaber sich durch das Aussperrungsdiplom von den Wagen der Großen spannen lassen, der über sie hinweggeht. Der Kampf gilt nicht allein den Metallarbeitern und nicht nur in Süddeutschland, sondern der gesamten deutschen Arbeiterschaft die sich zur Abwehr bereithalten muß.

### Freiheit zum Wuchern?

Die Ernährungsminister der Länder haben sich nur wenigen Tagen mit der Frage beschäftigt, ob der Rest der Zwangswirtschaft im neuen Erntejahr weiter bestehen soll. Aus der gestrigen, der Öffentlichkeit bekannten Entschlie-

hung geht hervor, daß sämtliche Länder gegen eine völlige Freigabe des Getreides im neuen Erntejahr sind. Die Reichsregierung wird diesen Beschluß der Länder respektieren müssen und bald entsprechende Maßnahmen ergreifen. Nach der augenblicklichen Lage der Verhältnisse ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Regierung bei weiterer Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft, soweit sie bisher überhaupt noch besteht, den größten Teil des deutschen Volkes hinter sich haben wird. Während im vorigen Jahre z. B. bei Beratung über die Getreideumlage im Reichstage nur eine schwache Mehrheit vorhanden war, ist jetzt damit zu rechnen, daß die Zahl der Stimmen sich wesentlich vergrößern wird. Der Lauf der Entwicklung hat nicht nur das Zentrum; sondern auch die Beamten- und Arbeitervertreter der Demokraten davon überzeugt, daß eine Katastrophe hereinbrechen müßte, wenn die Getreidewirtschaft freigegeben wird.

Schon rebellieren die Landwirte. Ihre führenden Organe rufen anlässlich des Ergebnisses der Konferenz der Ernährungsminister der Länder zum entscheidenden Kampf für ungehinderte Volksansperrung auf und es steht zu erwarten, daß im Reichstage bald die heftigsten Auseinandersetzungen über die Frage freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft in bezug auf das Getreide stattfinden werden. Schon während der letzten Reichstagsdebatten über das Steuergesetz machten die deutschnationalen „Volksvertreter“ die ersten Vorstöße zur Erlangung der freien Wirtschaft. Angeblich soll auch die Not der Landwirtschaft die Freigabe des Getreides bedingen. Bei der Beratung des Kohlensteuergesetzes erklärte der deutschnationale Abg. Lind, daß die Preise für Weizenmehl 1920 auf 34 und 38 Mk. standen, heute jedoch 78 Mk. betragen. Durch die Wirkung der Kohlensteuer würde der Preis auf 100 Mk. hinaufgehen. Bei schwefelsaurem Ammoniak ist eine Steigerung von 120 auf 345 Mk. eingetreten. Schließlich seien auch die Preise für Geräte und Maschinen sehr erheblich gestiegen. Der deutschnationale Redner hat nur schamhaft verschwiegen, daß der Getreidepreis 1920 pro Tonne rund 1500 Mk. betrug, während er heute heute 13—17000 Mk. kostet, also um das zehnfache gestiegen ist, während die Steigerung der Preise für Düngemittel nur rund das dreifache beträgt.

Da die Landwirtschaft garnicht daran denkt, den Arbeitern Goldlöhne zu zahlen und nicht genötigt ist, für Düngemittel Goldpreise anzuwenden, weiterhin aber auch Geräte und Maschinen die Höhe von Weltmarktpreisen noch nicht erlangt haben, besteht keine Veranlassung, den Landwirten zu gestatten, ihr Monopol auszunützen, um die Getreidepreise auf die ihnen angenehme Höhe zu treiben.

Wir wissen, daß die Zwangswirtschaft ein zweifelhafteiges Schwert ist und sind uns klar darüber, daß die gut organisierte Landwirtschaft erheblichen Widerstand gegen die Anordnungen der Regierungen zu leisten vermag. Trotzdem aber müssen Reich und Länder Vorbeugungen treffen, um einer eventuellen Rebellion der Landwirte entgegenzutreten. Auch die Ankündigung der landwirtschaftlichen Presse, daß die deutsche Landwirtschaft sich ansieht, mit einem großen eigenmächtigen Hilfswerk die Ernährung unseres Volkes auf eigener Scholle sicherzustellen, muß mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden. Wir können heute leider nicht mehr an einer Uneigennützigkeit der Landwirtschaft glauben denn wir haben so viel schlechte Erfahrungen erlebt, daß es Leichtsinns wäre, leeren Worten der Landwirtschaft zu glauben, ohne Taten zu sehen. Als im vergangenen Jahre über die Aufhebung der Zwangswirtschaft des Fleisches gesprochen wurde, erklärten prominente Führer der landwirtschaftlichen Organisationen, daß sie in Gemeinschaft mit den Organisationen des Handels und der Fleischer in der Lage sein würden, dafür zu sorgen, daß den Konsumenten das Schweinefleisch zum Preise von 12 Mk. und das Rindfleisch zum Preise von weniger als 10 Mk. geliefert werden könnte. Vergleiche man diese Ankündigungen mit den heute erreichten Preisen, dann hat man trotz des Wertverlustes der Mark alle Ursache, den Behauptungen der Landwirte keinen Glauben mehr zu schenken. An die schamlose Erhöhung der Preise für Häute, die zur Lederfabrikation verwendet werden, braucht nur erinnert zu werden.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die im vorigen Jahre festgesetzte Umlage für die Getreidebewirtschaftung nicht ausgereicht hat. Es bleibt daher Aufgabe der Regierung und des Reichstages, insbesondere unter den vorstehend genannten Gründen, nicht nur dafür zu wirken, daß das Umlagegeld auf 2½ Millionen erhalten bleibt, sondern daß es so erhöht wird, daß die Brotbelieferung der versorgungsberechtigten Bevölkerung für das ganze neue Erntejahr sichergestellt wird. Diese Forderung bedeutet keinesfalls ein Opfer der Landwirtschaft!

### Devisen-Kurse.

Berlin, 28. März.  
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	27. März.	28. März.
Amsterdam	100 fl.	12187.80
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2987.15
Kristiania	100 Kr.	6018.95
Kopenhagen	100 Kr.	7177.80
Stockholm	100 Kr.	8381.15
Helsingfors	100 finn. Mk.	695.30
Rom	100 Lire	1720.75
London	1 £	1483.50
New York	1 Doll.	338.17
Paris	100 Frs.	5041.95
Zürich	100 Frs.	6568.40
Madrid	100 Pesetas	5254.70
Wien	100 K.	4.48
Budapest	100 K.	87.46
Prag	100 K.	605.85

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Abgang	Tag	St.
---------	--------	-------------	---------	--------------	--------	-----	-----

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Deber; für Wirtschaft, Handel und Seiwirtschaft Hermann Bauer; für Handel und Gewerbe Dr. August Schür; für Industrie Dr. Carl Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg Druck von Friedrich Koenig & Co. in Lübeck



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 28. März.

### Aus der Bürgerschaft.

Eine notwendige Antwort an die Kommunisten. Obstruktionsandrohung. — Die Theatervorlage abgelehnt. — Deutschnationale Bildungsfeinde. — Der 1. Mai gesetzlicher Feiertag. — Jugendliche Trinker.

Um etwas von sich reden zu machen, treten die Kommunisten gern etwas falsch auf oder geben sich wenigstens den Anschein besonderer Kouragiertheit. Sie verfolgen dadurch den Zweck, die Augen der Mitwelt auf sich zu lenken. Da ihre Anträge durch die Bank auf rein agitatorische Gesichtspunkte zugeschnitten sind, sollen sie bei Deutern Verblüffung erregen, die sich mit ihren politischen Ansichten und wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht immer auf dem laufenden halten und die hin und wieder etwas wachgerüttelt werden müssen, damit sie nach dem ersten Gähnen gleich auf die nach ihrer Ansicht verbürgerte Sozialdemokratie loskämpfen können. Das ist in Volkssammlungen so, das ist in den Landtagen nicht anders und im Reichstage hört man dieselben Töne. Die Freunde von links lauern ständig herum, bis irgendwo etwas los ist, und dann stürzen sie sich mit tollem Wortgeiz auf Ganze, um den Hebel zur Weltrevolution anzufassen. Wehe dem, der auf den ersten Anstich nicht gleich fällt. Wer Genaueres über diese Taktik wissen will, studiere nur 8 Tage lang die „Hamburger Volkszeitung“, das Leitblatt auch der Lübecker Kommunisten. Wer die Seiten über den Eisenbahnerstreik durchliest wird bald gewahr, welche schöne Ziele das Blatt verfolgte. Geht die Hege nicht in Erfüllung, dann wird die Ebertrepublik und die Sozialdemokratie nach allen Regeln der Kunst abgemurrt. Ein Nachspiel hildete auch der Antrag Nidel. Man bildete sich ein, damit der sozialdemokratischen Bürgerfraktion das Vasso umwerfen und es im Vereinnungsfalle zugute tun können. Dieser wilden Jagd machte Genosse Dreger endlich ein Ende. Unser Fraktionsredner legte freimütig die sozialdemokratische Haltung dar, eingegeben von den Notwendigkeiten des Tages, der Grundgedanken des Göttinger Programms sowie den Erfordernissen des republikanischen Staatswesens. Die Pointe gipfelte in der Erklärung, daß die sozialdemokratische Bürgerfraktion absolut nicht gewillt ist, den Kommunisten zuliebe eine Konzeptionspolitik zu treiben. Und damit werden diese sich abfinden müssen. — Bei dieser Aussprache ergab sich eine Differenz mit dem Wortführer, der in aller Ruhe dem aufgeregtesten Mitgliede der kommunistischen Fraktion, Herrn Nidel, die Bedeutung der Bürgerfraktionsbeschlüsse auseinandersetzte. Nidel aber war schon zu sehr in Ekstase, um den Zwischenfall würdigen zu können. Was ihm an Logik abgeht, erlebte er durch die Gewalt der Stimme und parlamentarische „Höflichkeit“. Er leitete die von ihm angekündigte Obstruktion gleich praktisch ein.

Die Theater- und Orchestervorlage wurde mit Hilfe der Kommunisten und der Rechtsparteien abgelehnt. Es wurde lebhaft darüber debattiert. Genosse Dr. Pletch so wohl wie Genosse Löwigt als Senatsumwähler wiesen auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung kultureller Institute hin, aber sie hätten mit Engselzungen reden können: die Rechte war mit zwei Ausnahmen gegen das Theater verschworen und die Kommunisten leisteten ihr getreulich Hilfe. Der Deutschnationale und Volksparteiler paßt die Sache schon lange nicht, weil sie nicht mehr allein tonangebend sind. Nicht lange wird es dauern und ihr liebes Amtsblatt, das noch am Sonnabend eine Stimme gegen den Theaterdirektor brachte, be-

hauptet steif und fest, daß die Sozialdemokraten mit ihrer verfluchten Republik den Niedergang der Kunst auf dem Gewissen hätten. Es ist übrigens bezeichnend, daß der Vorsitzende des Vereins der Musikfreunde, Herr Behn, der früher nicht genug Zuschüsse für das Orchester bekommen konnte und der sich als Schöpfer des Orchesters aufspielte, gegen die Vorlage stimmte. Nur sollte gar nach den Ausführungen Dr. Pletchs das Theater demokratischen Anstrich dadurch erhalten, daß dem Volksganzen weit mehr als bisher der Theaterbesuch möglich gemacht werden sollte. Ein Grund mehr für die Exklusiven, sich in die Büchse zu schlagen. Herr Ambrosius, der demokratische Oppositionsführer, der sich gern am Senat reibt, wenn etwas rote Mitwirkung durchschimmert, zog sein ganzes demokratisches Register auf, um die Gefährlichkeit des Antrages zu beweisen. Ihm half der Arbeitsgemeinschaftlicher Schloffer und dessen Schutzheiliger Nehlsen, der tiefsinnig wie immer das Licht der Unschuld erstrahlen ließ. Herr Schloffer selbst stand vor der Entente stramm und kam deren Befehlen auf Abbau der Kunst von vornherein nach. Bezeichnend ist weiter, daß selbst die Ausschußmitglieder Stahlshmidt und S. Eichenburg, die im Ausschusse für die Vorlage stimmten, sich der Abstimmung im Plenum entzogen. Die Kommunisten wollen die Bewilliger ins Notizbuch stecken. Deshalb beantragten sie namentliche Abstimmung. Vielleicht bemühten sie ihre Mitheiler von der Rechten deshalb, um diesen bei passender Gelegenheit den Schein vorzuweisen, dessen Schlußfloskel in der Regel lautet: Zu Gegenständen gern bereit usw. — Wir sind der Überzeugung, daß hiermit die Theaterfrage nicht gelöst ist. Denn erstens würde, wie Herr Wandke mit Recht sagte, durch Schließung des Theaters nur dem Theaterstand Vorwurf geleistet und zweitens ist die Frage, ob 200 Personen mir nichts dir nichts broilos gemacht werden sollen, mit der Ablehnung der Vorlage nicht erledigt.

Eine deutschnationale Anzüglichkeit über das Bildungsstreben des Volkes erlaubte sich Fel. Kalke bei der Vorlage über Beihilfe zur Volkshochschule. So unschuldig der Redeschuß der deutschnationalen Volkshochschulleiterin zerrann, so deutlich war der Hintergedanke. Die ablehnende Haltung der Volksparteiler und Deutschnationalen in dieser ziemlich belanglosen Forderung paßt ja ganz vornehm zu der Ablehnung der Theatervorlage und zeigt, daß System in der ganzen Sache liegt. Die Deutschnationalen sind ja Konervative alten Schlages, und die Tonangebenden dieser Schlauberger vertreten den Standpunkt, daß das Volk neben der Religion nicht viel mehr zum Schöpfen braucht.

Gegen die Einführung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag moppfte sich Herr Henk und der Arbeitsgemeinschaftlicher Dietrich. Viel scheint der Herr, der durch die Gewalt seiner Stimme und durch die Unkenntnis der realen Tatsachen wahre Heiterkeitsausbrüche erzeugte, auf dem Felde der Arbeit nicht durchgemacht zu haben. Seine Behauptung, die Unternehmer hätten gegen Maifeiernde niemals Maßnahmen ergriffen, war ebenso töricht wie die Lodung, die Arbeiter könnten ja so feiern und brauchen nichts zu befürchten. Mit solchen Wägern zieht man doch heute nicht mehr ins Feld.

Eine Äußerung von Frau Zimmermann ist noch zu erwähnen. Sie behauptete, daß bei einer vom Frauenverein veranstalteten Anschaue in den Lokalen 200 Jugendliche betrunken angetroffen worden seien. Darunter habe man auch Kinder bemerkt. Eine betäubende Tatsache, die sich alle Eltern merken müssen, um ihre heranwachsenden Söhne vor den schlimmen Folgen des Alkohols zu warnen.

### Ginst und jeht.

Jeden Tag einen Hundertmarkschein! den braucht heute eine paarsame Hausfrau, wenn sie für die Küche einkaufen geht. In seine viel geleseenen „Unpolitischen Zeitschriften“ gibt Felix Neufänger eine Gegenüberstellung der Preise für die Mittagsmahlzeiten von einst und jeht. Wir alle kennen zwar diesen Unterschied, aber es ist doch herrlich, sich die Stichproben etwas näher anzusehen, die Neufänger aus dem „Hauslichen Glück“ verarbeitet. Hier stehen neben den Preisen von damals die dem Haushaltsbüchlein des Verbandes Arbeiterwohl in M. Gladbach entnommen sind, die Kosten von heute:

Mittagsmahlzeit für 4 Personen:	
Sonntag:	
3 Pfund Sauerbraten	0,15 (jeht 9,— M.)
1 Pfund Erbsen zum Brei nebst Fett	0,25 (jeht 8,— M.)
1 Pfund geräucherter Schmelkessig	0,60 (jeht 25,— M.)
Im ganzen: 1,— (jeht 42,— M.)	
Montag:	
1 Liter Milch zu Suppe	0,17 (jeht 6,20 M.)
6 Pfund Kartoffeln mit Petersilie und Fett	0,23 (jeht 21,— M.)
Im ganzen: 0,40 (jeht 27,20 M.)	
Donnerstag:	
Beikraut gedämpft	0,10 (jeht 10,50 M.)
4 Pfund Kartoffeln zu Brei nebst Fett	0,22 (jeht 14,— M.)
1 Pfund Preiskorn	0,30 (jeht 24,— M.)
Im ganzen: 0,62 (jeht 48,50 M.)	
Freitag:	
Milchsuppe	0,16 (jeht 6,20 M.)
6 Pfund Kartoffeln zu Gemüse nebst Fett	0,25 (jeht 21,— M.)
2 Serringe	0,16 (jeht 3,60 M.)
Im ganzen: 0,57 (jeht 30,80 M.)	

Wirken diese Zahlen nicht wahrhaft verblüffend? Die Teuerung in der Küche sieht geradezu märchenhaft aus! — bemerkt Neufänger dazu. Das sind aber erst die allgeringsten Ausgaben für eine bescheidene Mittagsmahlzeit. Morgenmisch und Abendbrot, Kaffee-Erbsen und Tee, Zucker und Mehl, Brot und Eier — was kostet das alles! Kein Wunder, wenn sich unsere Frauen die Sorgenfalten immer tiefer graben, wenn Fröhen und Heiterkeit fliehen, wenn nur noch gerechnet wird, gerechnet auf die nächste Lohnerhöhung.

Die reaktionären Blätter vom Schlage der „Lübeckischen Anzeigen“ benehnen derartige Aufrechnungen gerne dazu, um dadurch den Gegenseit der guten alten Zeit unter ihrer Herrschaft zu beweisen. Wir und mit uns jeder nicht durch die reaktionäre Prille Schruerde weis aber, daß die Teuerung eine Folge der volkswirtschaftlichen Notlage der Reichsstaaten ist — und auch eine Folge agrarischer Profitguch.

### Eine Gartenstadt — verflohen!

Ein deutscher Reichsminister hat im Reichstage vom „Suff als dem deutschen Votier“ gesprochen und damit viel Heiterkeit erzeugt. Eine traurige Heiterkeit ist das. Unzählige Male ist schon erklärt worden, wie sehr der unmäßig genossene Alkohol die Gesundheit untergräbt und welche Verheerungen er in unserm Volke schon angerichtet hat. Heute, wo wir verarmt sind, haben wir doppelten Grund, uns des Alkohols zu enthalten. Wie schauerlich er ins Geld reißt, dafür finden wir einen Beleg im Kunstwart. Er berichtet:

„Eine hessischer Volkshochschule kam bei der Bearbeitung einer Zeitungsnotiz vom Alkoholverbrauch auf der Münderer Oktoberwiese zu folgende Ergebnisse: Nach Unterlage vom Geschäftsführer der Gartenstadt kam im Oktober 1921 ein Einzelhaus mit Stall und 800 Quadratmeter Garten auf 100 000 M. Danach sind auf der Festwiese die Baukosten für 120 ganze Häuser ohne staatliche Zuschüsse als Zehne für Alkohol bezahlt worden. Da es aber 70 000 M. Zuschuß für jeden Bau gibt, würde das Geld für 400

## Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

21. Fortsetzung.

Der Angerbauer war ernsthaft geworden und brach nun in die Worte aus: „Eine laubere Person, das muß ich sagen! Da dürfen wir ja von Glück sagen, daß wir sie noch zu rechter Zeit kennen gelernt haben!“ — „Sicherlich“, erwiderte die Mutter. Nach einem längeren Schweigen, währenddessen sie nachdenklich vor sich hingesehen hatte, begann sie wieder: „Vater, ich möchte dir etwas sagen, aber du mußt nicht böse werden.“ — „Nun“, erwiderte der Bauer mit argwöhnlichem Ausdruck, „du wirst hoffentlich nicht im Ernst verlangen, daß wir dem Burischen das Mädchen geben?“ — „Behüte“, versetzte die Mutter, „das weiß ich schon, daß das nicht geht. Nein, ich hab' nur sagen wollen, daß mich der Ludwig „a'langa“ dauert (anfangt mich zu dauern). Ich glaub', er wär' gern wieder bei uns, aber er hat keinen Kopf: er kommt nur nicht, weil er's einmal gesagt hat.“ — „Soll ich ihn“, bemerkte der Bauer, „etwa selber holen, weil er meinen Kopf hat?“ — „Auch nicht“, sagte die Mutter. „Ich meine nur, wir ließen's ihn unter der Hand wissen, daß er kommen könnte: mit der Cu' wollten wir ihn nicht mehr plagen.“ Der Bauer versetzte: „Nein, das geschieht nicht! um keinen Preis der Mutter! Wenn ich da nachgäh', müßt' ich mehr nachgeben!“ — „Aber deswegen.“ — „Das muß ich selber wissen. Ich tu's nicht, jeht er recht nicht, und damit Punktum!“ Wie gewöhnlich, wenn er einen solchen Trumpf ausgespielt hatte, stand er auf und verließ die Stube.

Während dieser Erlebnisse der Seinen arbeitete Ludwig mit neuer Kraft und neuem Mut weiter. Er hatte in Rücksicht auf sein Dienstverhältnis einer Anfertigung bedurft; das Schreiben der Geliebten und die Abfassung seiner Antwort gewährten ihm diese aber in vollem Maße. Es war ihm ganz, wie er geschrieben. Sein Geist war aufgerichtet; das Bewußtsein, ein solches Herz gewonnen zu haben, das Gefühl, ihrer wert zu sein, und die Hoffnung, die aus diesem Gefühl emporkeimte, ließen ihn alle Mühen mit Freudigkeit ertragen. Er hatte nun auch eine Bekanntschaft gemacht, die ihm angenehm und tröstlich war. Von seinem Bauer zum Pfarrer des Orts geschickt, antwortete er diesem auf seine Fragen so verständlich und guimütig, daß der Geistliche das Gesuch veranlaßte, soweit es anging, und den jungen Burischen anforderte, ihn in freien Stunden zu besuchen. Es war dies ein Mann in mittlerem Jahren, der aber ähuliche Ansichten zu haben schien wie der alte Herr, den wir kennen, da er an den erlauchten Sohn seine Ermahnungen richtete, die er nicht hätte befolgen mögen, sondern sich unbefangen im Kreise allgemeiner Belehrung hielt.

Die Annehmlichkeiten, die er aus alledem schöpfe, waren Ludwig auch nötig, um ein Uebel zu bestehen, das immer ärger zu werden schien. Dies war der Uebermut Michels, der nicht selten in wirkliche Bosheit ausartete. Verdross es ihn, daß Ludwig bei seinen Redereien nicht mehr empfindlich wurde, sondern ihn lächelnd oder mittelidig anstah; war er eifersüchtig auf die Seelenfreude, die sich übernehmend aus dem Gesicht des Anecht leuchtete, oder auf das Lob, das sein Vater diesem hier und da auf seine Ankosten erteilte, genug, der junge Schmiedbauer ging in seiner herrlichen Annahme gegen Ludwig weiter und weiter, so daß er alle die Seinen hinter sich ließ. Die schwache sinnliche Guimütigkeit, wie man dies in der Welt öfter sehen kann, bestand die Probe nicht, die ihr auferlegt wurde, und verwandelte sich unter gewissen Anreizungen geradezu in Gemeinheit. Eine solche Anreizung machte für den Burischen auch in der Nachtricht seines Vaters liegen, daß der Angerbauer seinen Sohn verleugne und, wie es schien, wirklich nichts mehr von ihm wissen wolle. Konnte man gegen einen Verflohenen sich nicht gehen lassen nach Belieben?

Als die kleinen Mittel nichts mehr versingen, wendete Michel die gröberen und plumperen an, und es gelang ihm nun allerdings mehr, den Untergebenen zu ärgern und zu erzürnen. Ungehörliche Behandlung zu ertragen, ist für gewisse Gemüter das Schwerkste; und wenn sie sich's auch vornehmen, bei den Annahmen der Dummheit ruhig zu bleiben, so glückt's ihnen doch nicht immer. Die Gehnsh Ludwig wurde auf harte Proben gestellt; das Betragen Michels erschien ihm so kläglich, daß er den Ausbruch des Zorns und der Verachtung kaum mehr zurückhalten konnte. So sammelte sich nun aber ein Raß von Galle in ihm an, das nur noch berührt zu werden brauchte, um überzuliegen.

An einem Sonntag nach dem Essen kamen „Freunde“ — wie man weiß, Verwandte — des Schmiedbauers zum Besuch angefahren, Vater, Mutter und ein fünfzehnjähriger Sohn. Sie wurden mit Kaffee und „Gogoloff“ (Guglhupf) traktiert, welchen Madlene und die Magd am Vormittag zu diesem Zweck verfertigt hatten. Als endlich auch der „junge Vetter“ dem Köstigen zu einer neuen Schale nicht mehr Folge leisten konnte, führte man die Gäste im Hauke herum und zeigte ihnen Küche und Keller, Kasten und Schränke und deren Inhalt zum Bewundern, welcher Absicht die Bauersleute höflich entgegenkamen. Michel empfand großes Verlangen, ihnen die Ställe zu zeigen, und freute sich namentlich, ihnen die Herde derselben, einen schönen zweijährigen Braunen, vorzuführen. Er eilte dorthin in den Hof, fand den Oberknecht ausgegangen, Ludwig aber bei der Hand. Bei dem Anblick desselben fuhr der böse Feind in ihn und gab ihm den Gedanken ein, daß selbst in seiner Heerlichkeit und den Sohn des Angerbauers, der mit den Wälden ebenfalls einträumchen verwannt war, in seiner Erniedrigung zu zeigen. Er rief in barbarem Ton: „Ludwig, führ' den Braunen in den Hof!“ Ludwig gehorchte und dankte den Verwandten auf den Gruß, den sie ihm

boten, mit beiseidener Höflichkeit. Das junge Raß ward im Freien munter und fing an zu laufen. Michel rief ärgerlich: „Nicht so schnell!“ Der Angefahrene hielt es zurück; Michel schrie nun: „Zu langsam! Marsch! Zu!“ und verzehrte den anderen so, daß die Gäste bald lachen, worauf es hier angelegt war, den rot gewordenen Ludwig bedauerten und den Sohn des Hauses für einen dummen Brähler hielten. Endlich rief Michel: „Laß ihn laufen! Schneller! Schneller!“ Ludwig gehorchte; das Raß wurde im Trab übermütig, sprang auf die Seite, trat mit den Hinterbeinen in eine kleine Kottage, die vom gestrigen Regen herrührte, und bespritzte den schon gestreiften Rod der Bäuerin.

Auf je etwas hatte Michel gewartet. Den Umstand, daß dieser armlige Zufall nur infolge seiner Befehle eingetreten war, natürlich außer acht lassend, ergriff er mit Begierde die Gelegenheit, zugleich seine Nachvollkommenheit und seine Galanterie gegen die Baje an den Tag zu legen; er schrie Ludwig zornig an: „Du bist ein Egel! Nicht einmal ein Raß kannst du führen, wie ich's gehor!“ — Das war dem Burischen zu viel. Während die Gäste Anrufe des Bedauerns hören ließen, übergab er dem kurz vorher angekommenen dritten Anecht das Raß, trat nach Michel hin und rief: „Du bist der jämmerlichste aller Menschen! Nach ein solches Wort gegen mich, und ich brech' dich zusammen!“ Seine Augen funkelten, in seinem Gesichte brannte die Glut des Zorns und der Verachtung, seine Arme zuckten, als ob er seine Rede sogleich wahr machen wollte. Michel erschau und trat blaß geworden, einen Schritt zurück. Der gemeinschaftliche Vetter stellte sich zwischen sie und ermahnte zur Ruhe. Unterdessen sah sich Michel wieder, und indem er eine hochmütige Miene anzunehmen suchte, sagte er zu Ludwig: „Mit dir wird man noch fertig werden, und das bald!“ Dann sah er sich um, ob nicht sein Vater oder der Oberknecht in der Nähe wäre. Ludwig folgte dieser Bewegung, und seine Gedanken erratend, rief er: „Schrei' keinen, ich rat' es dir! Wenn ihr zürnen über mich herfallt, denn ist's Notwehr, was ich tu', und“ — lehte er hinzu, indem er die Hand an die Seitentasche legte — „ich schwör' bei Gott: den ersten, der mich anrührt, stoß ich nieder wie einen Hund!“ Der Bauer, dem dies zu hart war, sagte: „Nun! keine solchen Reden, das geziemt sich nicht für dich!“ — „Für mich geziemt sich alles“, entgegnete der Gereizte, „was sich für einen freien Menschen geziemt!“ In dem Augenblick bin ich kein Raß mehr, sondern der Sohn meines Vaters! Aus diesem Hauke geh' ich fort, auf der Stelle — das versteht sich von selbst!“ Er wandte sich zum Abgehen, dachte sich aber nochmal gegen Michel um und machte mit abfallter Faust eine Bewegung, als ob er sagen wollte: Du weinst was schiefst! Dann ging er in die Stallkammer zu seinem Lager und nahm aus dem dazubehörenden Schrein seine wenigen Habfeligkeiten heraus, um sie zur Wanderung zusammenzubinden.

(Fortsetzung folgt.)

Häcker mit 320 000 Quadratmeter Gartenland reichen! Als eine gesamte Gartenstadt, so groß wie das schöne Hellenau, mit 2000 Wohnungen für wenigstens 2000 Menschenkinder, wurde (in einer Woche) — verkratzt. (Der zwölfte Teil dieser Summe wurde für Schulen und Schulumbauten bewilligt.) Was sonst verkratzt, verpflanzt und verpflanzte wurde, erreicht schon in München sicher das Doppelte der Kiezanzahl. Dazu kamen dann noch die entsprechenden Summen von der Dresdener Vogelweide und von Jahrmärkten und Schützenfesten vieler anderer Städte: wozu ein Verschwendung bedeutet das! Könnten diese Gelder auch nur zehn Jahre lang besser verwendet werden, wozu blühendes Land könnte unsere Heimat werden! Aber um uns herrlich Wohlstand und Wohnungsnot, Schmutzlucht, Unterernährung, Hunger und der Alkohol und das Nikotin liefern — die zuverlässigsten Steuern.

Das Rechenexempel der Hellenauer Schulfinder sollte jedem Deutschen eine Mahnung sein.

**Achtung, Delegierte des Ortsausschusses!** Am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, findet eine wichtige Sitzung des Ortsausschusses statt. Wir geben schon heute den Delegierten hierüber Nachricht mit der Bitte, diesen Tag für diese Sitzung freizuhalten. Das vollständige Erscheinen aller Delegierten ist notwendig. Ausweiskarte muß vorgezeigt werden. Ohne diese kein Zutritt.

**Achtung, Betriebsräte!** Die Anmeldeformulare sind umgehend im Gewerkschaftssekretariat in Empfang zu nehmen. Wer ein solches Anmeldeformular nicht ausgefüllt an das Sekretariat zurückgibt, kann keinen Ausweis erhalten und ist demzufolge von allen Veranstaltungen ausgeschlossen. Die Betriebsrätezentrale.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 8. April statt.

**Aus dem Jahresbericht der Waldschule.** Die Waldschule Weselo wurde im Sommer 1921 am 24. Mai eröffnet und schloß mit dem 31. August. Eine Schar besonders erholungsbedürftiger Lübecker Kinder zog in diesem Jahre in den grünen Wald, um sich bei Pflege und Ruhe, in Waldluft und Sonne zu kräftigen. Der Anfang wurde mit gutem Willen und frohem Mute gemacht, ohne zunächst die staatliche Beihilfe von 17 500 Mk. und die zugelegte Summe von 25 000 Mk. der Kinderhilfe in Händen zu haben. Da die Waldschule wie in den Kriegs- und Nachkriegsjahren als wohlthätige Anstalt nicht länger bestehen konnte, wurde von den Eltern wie früher ein Beitrag zu den Kosten gefordert. Er wurde für Tagelohn auf 3.50 Mk. (einschließlich Beförderungskosten), für Vollpflege auf 5 Mk. täglich festgesetzt. Unter den 120 aufgenommenen Kindern waren 81 Vollpflüger, davon entfielen 21 auf Anstalten und Behörden. Wirksam unterstützte die Sinterbühnenfürsorge die Kriegervätern. Nach Prüfung der Verhältnisse wurde in 29 Fällen eine ermäßigte Zahlung, in 10 Fällen eine Freistelle gewährt. Die Anzahl der Vollpflügerplätze zu vergrößern — es lagen zahlreiche zahlungswillige Meldungen vor — war leider wegen Anschaffungskosten für diesen Sommer unmöglich. Erfolgreich wäre eine Verbesserung in dieser Hinsicht für das Jahr 1922. Durch die Beförderungsmittel, wie sie jetzt durch die unabänderlich frühe Morgenbahn der Schlüter Jugend nach den abendlichen Heimweg bis zur Endstation Koenigssee bedingt wird (der Schlüter Zug fährt abends unregelmäßig und zu früh Richtung Lübeck an Weselo vorbei), wird die Erholung des Tages zum Teil wieder aufgehoben, jedoch bringend ein Wandel geschaffen werden muß. Da eine Autobeförderung unerlässlich sein würde, gilt es, diesem Uebelstand durch Beschaffung möglichst vieler Vollpflügerstellen abzuwehren. Die Kinder kamen wieder zum größten Teil aus den Lübecker Volksschulen, 19 aus Mittelschulen, 1 Schüler aus der Realschule zum Dom. Die kleine Schar fühlt sich im grünen Wald glücklich und gehoben. Der Tag geht ihr zwischen Arbeit, Ruhe und Spiel. Bei dem günstigen Wetter des Sommers erholten sich die Kinder erfreulich. Es wurde noch jahrelanger Raue wieder selbständig in der Waldschule gesucht. Jedes Kind bekam täglich einen Liter Milch, die das Gut Staudenbaum liefert. Bedeutend unterstützt wurde der Waldschulbestand durch die Liebesgaben der Quäker. Die amerikanischen Kinderfreunde zeigten bei einem Besuch viel Verständnis und Freude für unser Waldschulleben. Hoffentlich bleibt uns diese tatkräftige Freundschaft auch für den Sommer 1922 erhalten. Leider mußte bald nach den frohen Tagen des Waldschuljahres, der Höhepunkt aller Kinderfreuden des Sommers, die Waldschule am 31. August wegen der finanziellen Schwierigkeiten geschlossen werden.

**Ausgabe von Gutscheinen auf Kartoffeln und Kartoffelersparnisse.** Senat und Bürgerschaft haben mit Rücksicht darauf, daß Kartoffeln im Handel nur in beschränktem Maße zur Verfügung zu haben sind, das Wohlfahrtsamt ermächtigt, die ihm zur Verfügung von Kartoffeln zur Verfügung gestellten Mittel auch zur Verbilligung von Kartoffelersparnissen auszugeben. Das Wohlfahrtsamt hat demzufolge beschlossen, zunächst diejenigen Minderbemittelten, deren Beförderung mit Kartoffeln bei den früheren Ausgaben nicht möglich war oder die die einzelnen Kartoffeln zurückgegeben haben, mit Gutscheinen auf Kartoffeln und Kartoffelersparnisse zu versehen. In Frage kommen besonders bedürftige Schwer-Kriegsbeschädigte, besonders bedürftige Kriegshinterbliebene, Rentempfänger und Kleinrentner. Alles Nähere über die Ausgabe ist in der Anzeige unter dem amtlichen Bekanntmachungen ersichtlich. Ob und inwieweit eine Ausgabe von Gutscheinen auch an Personen erfolgen kann, die bereits Kartoffeln erhalten haben, wird später bekannt gegeben. Anträge von solchen Personen auf Gewährung von Gutscheinen sind zurzeit zwecklos.

**Ergebnis der Kirchwahl.** Bei der Wahl am Sonntag wurden 21 Stimmen abgegeben in: St. Marien 311 (eingetragene Wähler 1084), St. Jakob 186 (1219), St. Petri 1061 (2146), St. Georg 333 (1816), Dom 513 (1255), St. Lorenz 25 (978), St. Matthäi 1106 (3012), Dohrburggemeinde 150 (1002), St. Gertrud 170 (1412). Die Wähler sind in allen Kirchengemeinden in derselben Reihenfolge gewählt, wie sie auf dem Wahlschein standen.

**Das Senatsverbot über die Strandung des Lübecker Hilfsdampfers „Trane“.** Kapitän A. Kollhoff, der Dampfer, der der Hochseefischer-Altiergesellschaft Trane gehört, war im Jahre 1920 in Rendsburg strandet worden. Das Fahrzeug lagte im Januar unter Island und kam mit den isländischen Behörden in Konflikt, da der Franz auch in isländischen Gewässern verweilt sein soll. Die Fingergelde wurden dem Schiff abgenommen. Es war aber noch ein Rest an Bord verblieben, mit dem dann weiter gefischt wurde. Dieses Rest wurde aber bald eingeholt, da es gefangen war. Nachdem der Dampfer zunächst Anker geworfen hatte, bemerkte er am anderen Morgen der Hafeneinfahrt von Rendsburg an, daß das Fahrzeug in einen Linsen. Dieser kam aber nicht zum Versteuern, da in den Hafen hineingelassen. Das gelang nicht, das Schiff lag bald fest. Man signalisierte abermals um einen Linsen, der aber auch nicht. Der Dampfer kam nun zunächst fest, lag aber bald wieder fest. Als man Anker geworfen hatte, stellte sich heraus, daß alle Schraubenlöcher gebrochen waren. Da nach weitere Bekundigungen eintrafen, so wurde das Schiff schließlich von einem Bergungsdampfer in den Hafen geholt und verladen. Die dort angetommene Reparatur einschließlich der Bergung kostete 33 000 Kronen. Nachdem ein neue Schraube von Rendsburg eingetroffen war, konnte das Schiff die Heimreise antreten. — Der Reichskommissar hatte mangelnde an dem Verhalten des Kapitän auszuweisen. Besonders rügte er, daß bei der Strandung des Schiffes in den Hafen die Aufsicht des Lotsen nicht abgefordert worden sei. Er beantragte, dem Kapitän das Patent zu entziehen. Das Senatskollegium sah in diesem Urteilsspruch der Kapitän des Reichskommissars an und erzwang auf Befehl des Senats. — Demzufolge wurde über die Strandung des Schiffes

„Marthe“, Kapitän M., verhandelt. Das Schiff, welches auf der Reise nach Travemünde war und bereits auf der See in Travemünde anlangte, wurde durch einen schweren Sturm wieder abgetrieben und landete schließlich, ganz vorat geworden, bei der Insel Woll. Die Mannschaft konnte gerettet werden. Der Reichskommissar führte den Unfall auf das schwere Wetter zurück; den Kapitän trifft keine Schuld. Die gleiche Ansicht vertrat auch das Senatskollegium in seinem Urteilspruch.

### Schwurgericht.

Am Montag begann unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Oeller die diesjährige Schwurgerichtsverhandlung. Zunächst hatte sich der Richter Wöhler aus Ranne wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte soll in den Jahren 1919 und 1920 eine ganze Anzahl von Lebensmittelkarten für Binnenfahrer gefälscht und teilweise von diesen Karten Gebrauch gemacht haben. W., der wegen erheblicher Vorstrafen einen falschen Namen führte, betritt, die ihm zur Last gelegten Verbrechen begangen zu haben. Angeklagt hat er die Karten von einem Schiffsführer erhalten. Von den gefälschten Ausweisen waren 19 in Döppel und 42 in Brunshüttelsoo ausgegeben. In Lübeck verurteilte der Beschuldigte einen Gelegenheitsarbeiter mit der Entlohnung der Karten. Er selbst wartete an einer vorher verabredeten Stelle, bis der Requirante zurückkam. Zweimal stellte die Einlösung, beim dritten Male wurde die Fälschung entdeckt und der Angeklagte festgenommen. Nachforschungen ergaben dann, daß der Stempel, den die Doppelkarten trugen, dort gestohlen worden war. Dieser Stempel befindet sich auch auf einem Ausweis mit der Photographie des Angeklagten. In Brunshüttelsoo wurde dagegen festgestellt, daß die dort ausgegebenen Karten einen falschen Stempel trugen und daß alle Namen auf den Karten fingiert waren. Während der Schlichtungsverhandlung mit aller Bestimmtheit den Angeklagten als den Fälscher bezeichnet, betritt letzterer nach wie vor die Tat ausgeführt zu haben. Die Geschworenen bejahten die Hauskundschaft und verneinten die Frage auf mildernde Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, worauf auch das Gericht erkannte. Der Angeklagte nahm die Strafe an.

**Große Mißhandlung eines Lehrhelfers.** Der bei der Firma Osterloh im 4. Lehrjahre stehende Lehrling Sch. hat sich einen Augenblick mit einem Kolleken in der Werkstätte unterhalten. Der Meister, der ihm hierbei betroffen hat, fragte ihn, ob er keine Arbeit hätte. Als Sch. die Frage bejahte, erhielt er eine kräftige Ohrfeige. Das ließ sich Sch. nicht gefallen und er setzte sich gegen den Meister zur Wehre, letzterer meldete nun die Sache bei Herrn Osterloh, worauf der Lehrling ins Kontor kommen mußte. Hier wurden ihm zunächst die Papiere, die ihm schon vor einiger Zeit von der Firma ausgeschrieben waren, damit er sich andere Arbeit besorgen konnte, wieder abgenommen, dann verließen der Meister und G. Osterloh das Kontor und stellten sich vor die Tür auf. Herr Bernhard Osterloh fiel nun über den jungen Menschen her und verprügelte ihn nach allen Regeln der Kunst, so daß der Lehrling gezwungen war, sofort einen Arzt aufzusuchen, welcher eine Verletzung des Trommelfells in beiden Ohren feststellte. Gegen den schlagfertigen Lehrmeister wird Anzeige erstattet werden. Die Jugendchutzkommission.

Die Reichsbanknoten laufen zurzeit bis auf weiteres auf folgenden Weisen Silbermünzen an: (zum 27. März 1922 ab): Markstück Mk. 21.— für 1 Mark, alte Taler Mk. 69.30 für 1 Stück. Sämtliche Banknoten vermittels den Silbermünzen-Ankauf.

**Von einem Radler überfahren.** Nach dem Gen.-Anw. wurde am Sonnabend der 14jährige Knabe Walter Stapelfeldt, der in der Dornstraße vor der erteilichen Wohnung wohnte, von einem Radfahrer überfahren. Das Kind erlitt dabei einen doppelten Bruch des linken Unterarmes. Der Radfahrer war dabei vom Rad gefallen. Statt sich aber um das Kind zu kümmern, zog er es vor, schleunigst von dannen zu eilen.

**ph. Wegen Diebstahls wurde ein aus Herrsburg gebürtiges Dienstmädchen festgenommen.** Es hatte seiner Herrschaft mehrere wertvolle Schmuckgegenstände und an hiesige Goldwarenhandlung verkauft. Ein Teil der Sachen konnte wieder herbeigeschafft werden. Einige schon nach Berlin weiterverkaufte Sachen hofft man wieder zurückzuerlangen.

**ph. Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht wurde in dem Kontor eines Lagerplatzes am Kanal ein Einbruch verübt. Während sich die Einbrecher bei der Arbeit befanden, wurden sie von einem Beamten der grünen Polizei überrascht, dem es gelang, einen Dieb festzunehmen. Sein Komplize war zwar entkommen, wurde aber von einem Kriminalbeamten in einer Herberge ermittelt und ebenfalls festgenommen. Der letztere soll schon vorher in dem Kontor gewesen sein und verschiedene Sachen fortgeschleppt haben, die er in einem Gefäß vor dem Türhüter versteckt haben will. — Aus einem Schuppen bei der Anlage für den Eisenbahnbedarf wurden verschiedene Werkzeuge, wie Bohrer, Hobel und dergl., gestohlen.

**ph. Festgenommen wurde eine Arbeiterin aus der Altenborsstraße und eine in der Pelzerstraße wohnhafte Näherin, die in dem dringenden Verdacht stehen, sich eines Verbrechens gegen § 218 des St. G. B. schuldig gemacht zu haben.**

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Achtung, Arbeiterjugend!** Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr, Ortsvorstandssitzung im Gewerkschaftshaus. Alle Abteilungen müssen vertreten sein, da äußerst wichtige Tagesordnung. 7 1/2 Uhr Zusammenkunft aller Abteilungen. (17978)

**Stadttheater.** Mittwoch findet die erste Wiederholung des „Barbier von Bagdad“ statt. Die Oper wird, wie an den meisten Bühnen, allein gegeben. Bei der Uraufführung, die am Diensta, dem 21. angefangen war, sollte das Ballet Zaira hinterher gegeben werden. Durch die plötzliche Erkrankung des Herrn Schiller wurde die Aufführung von Zaira unmöglich und ist aus diesem Grunde Loeca gegeben worden. Für die Folge wird die Oper „Barbier von Bagdad“ allein gegeben.

**Blume, Wieder zur Laute.** Der für Februar angelegte Lautenabend, der wegen des Eisenbahnstreiks ausfallen mußte, findet nunmehr am Mittwoch, dem 29. ds. M., abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Johanneums statt. Die bereits gelösten Karten behalten Gültigkeit, weitere sind zu haben bei Fr. Dietrich & Co., Inhaber Rudolf Kiesel, Wedergrube 27. F. 935. (S. Inserat)

### Angrenzende Gebiete.

**Bremen.** Ein Bremer Dampfer gesunken. Der deutsche Dampfer „Germar“ aus Bremen, mit 364 Tonnen Gütern, alter nach Neval bestimmt, mußte schwieriger Seeverhältnisse wegen vor der lettischen Küste umkehren. Vor Hangö lief der Dampfer dann im Kielwasser des Eisbrechers folgend so hart gegen die Eiskante, daß er schwer leck wurde und in kurzer Zeit sank. Die 14 Mann starke Besatzung wurde durch den deutschen Dampfer „Genn“ gerettet.

## Lübecker Bürgerschaft.

h. Lübed, 27. März.

Beginn 8.20 Uhr. Vorsitzender G. Ehlers.

Der Vorsitzende verliest neben Senatsdekretten einige Eingaben, unter denen sich eine solche der Erwerbslosen betr. Regelung der Unterhaltungen und deren schnelle Auszahlung befindet. Er empfiehlt dem Eingabenausschuß insbesondere hier schnelle Erledigung. — Das Bürgerchaftsmitglied Schermer hat sein Mandat niedergelegt. An dessen Stelle tritt Rechtsanwalt Brehmer. — Als bürgerliches Mitglied bei der Oberkassendirektion wird Redakteur Hermann Bauer gewählt.

Zur Beratung steht der Antrag Nidel: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, durch den Lübecker Senat in Berlin bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und diese zu veranlassen: 1. daß alle Eisenbahnbeamte und -arbeiter, die wegen ihrer Beteiligung am Eisenbahnstreik gemahnt worden sind, unverzüglich wieder in den Dienst eingestellt und ihrer Rechte teilhaftig werden, 2. daß keine weiteren Maßregelungen vorgenommen werden, 3. daß alle Strafverfahren, die auf Grund des Antikreislages des Reichspräsidenten eingeleitet worden sind, sofort eingestellt und keine weiteren eröffnet werden. — Dreyer (Soz.) geht auf die Begründung dieses Antrages durch Heilborn in der vorigen Sitzung ein, in der einige Schwierigkeiten zu verzeichnen seien. Es entspreche nicht den Tatsachen, wenn behauptet werde, die Eisenbahner seien zum Streik gezwungen worden. Im Gegenteil hätte die Eisenbahner die elementarsten gewerkschaftlichen Grundzüge außer acht gelassen. Nach den Umständen im engeren und weiteren Vorstand über den Eintritt in den Streik sei geradezu leichtfertig und fahrlässig gehandelt worden. Der Antrag der kommunistischen Bürgerchaftsfraktion entspräche nicht sozialen Erwägungen, sondern ihrem Agitationsbedürfnis. Die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion stelle sich auf dem Boden der Erklärung der sozialdemokratischen Reichsfraktion, die ihr Vorhaben in voller Loyalität auszuführen werde. Den Kommunisten sei natürlich bekannt, daß den gemahnten Eisenbahner mit bloßen Neben nicht zu helfen sei. Wäre es der Einheitsfront von Höllein bis Helfferich gelungen, die Regierung zu zwingen, dann hätte die neue Regierung gegen die Leute noch andere Seiten angezogen. Das vornehme Vorgehen der Regierung sei auch den Kommunisten bekannt. Sie hätten aber dagegen an, weil die Anweisungen hierzu von außerordentlichem Gewicht seien. Die Gesellschaft, in der sich die Kommunisten befinden, sei übrigens bezeichnend. Wie diese, müsse auch die kommunistische Partei nichts Befehrs zu tun, als der jungen deutschen Republik überall die arsten Schmierarbeiten zu machen. Unsere Stellung zu der Maßregelungen sei bekannt. Die Kommunisten konnten nicht etwa annehmen, daß sich die Lübecker sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion in Widerstand zur Reichsfraktion stellen würde. Weiter geht der Redner auf das Realisations- und Streikrecht ein und zieht Parallelen mit den Zuständen in Rußland, wo man Theorie und Praxis sehr sondersher handhabt. Gerade Meis habe im Reichstag unsere Stellung zum Streik dargestellt. Wo der Komitee des Streikrechts reiflos in Rußland verfahren würde er auf die Voraussetzungen, die ihm der Staat anzuweisen. Und von dieser unerschöpflichen Stellungnahme aus müsse die Sache herleitet werden. Der Streik sei ein Heilmittel für Deutschland gewesen und zum Teil von Nutzen gewesen, die nicht davon denken, mit den Kommunisten zu arbeiten. Wer braucht nur an den Parteistütz zu denken. Ein absolutes Streikrecht der Beamten habe übrigens auch der einmal von den Kommunisten auf angelegene unerschöpfliche Lübecker Eisenbahner in Konfliktstand paßiert wäre, wäre zur Kenntnis zu nehmen. Die Stellung der Eisenbahner zur Umstellung des Streikrechts und ihre in Lübecker Kreis sich aus dem Lübecker Kreis. Durch das von Rußland importierte Streikrecht hat der Senat sich zu entscheiden. Wer es beschließt, wie es aus reiner Sozialität. Die sozialdemokratische Fraktion

lehne den Antrag Nidel in logischer Folgerung der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichsfraktion ab. Möge die kommunistische Fraktion auch alles das, was die sozialdemokratische Fraktion tue, in den Schmutz ziehen, die Sozialdemokraten fürchten sich nicht, ihren Standpunkt vor der Arbeiterchaft zu vertreten. Sie hätten absolut keine Ursache, den Kommunisten zuliebe eine Konzeptionspolitik zu treiben. — Gehele (D.) verpflichtet im allgemeinen den Ausführungen des Vorredners bei und spricht den Beamten ein Streikrecht zu. Daß bei dem Eisenbahnstreik einige Personen auf der Strecke bleiben würden, habe die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner von vornherein gewußt. Seine Fraktion lehne den Antrag Nidel ab. — G. Reimpell (D.) lehnt den Antrag ebenfalls ab. Die Regierung hätte dem Streikrecht der Beamten weit entschiedener entgegenzutreten müssen. Beamtentum und Streikrecht seien unvereinbare Gegenstände. — Heilborn (K.) wendet sich gegen die Ausführungen Dreyers, der mit seinen Erklärungen den Beifall der Streikpartei und der Reichsnationalen errungen habe. Das sei doch eine anrüchliche Gesellschaft. Die Reichsregierung handle bei den Maßregelungen nicht weniger als loyal. Die Sozialdemokratie stelle sich in die Front des Generals Gröner, der im letzten Kriegsjahr jeden Streikenden als Hundstoft bezeichnet habe. Heute beginne die Regierung logar mit dem Abbau des Achtstundentages und fange bei den Eisenbahner an. Die Eisenbahner hätten gegen die Einführung des Arbeitszeitgesetzes gekämpft und sich dabei den Dank der Arbeiter errungen. Auch gegen die Stimmenerhebung der Eisenbahner hätten sich die Eisenbahner gewandt. Ein Verstoß nach Rußland könne hier gar nicht in Frage kommen. Rußland sei vom Sozialismus und der Politik der kapitalistischen Mächte jugend gerichtet worden. Pflicht des Deutschen Reiches sei, eine gemeinsame Wiederaufbaupolitik mit Rußland zu treiben. — Der Antrag Nidel wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

**Antrag von Heftl:** Die Bürgerschaft ersucht den Senat, baldmöglichst die bestehenden Gesetze betreffs neuer Baufluchtlinien einer gründlichen Revision unterziehen zu wollen und der Bürgerschaft in aller nächster Zeit eine neue, dem Staat und den Bürgern solcher Straßen gerecht werdende Vorlage entgegenzubringen. — Heftl gibt eine kurze Begründung. Da heute Neubauten in den betreffenden Straßen: Hüxstraße, Könißstraße, Hoffenstrasse nicht aufzuführen werden könnten, weil die Entschädigungssummen dem Geldwerte nicht entsprechen, müßte das Gesetz geändert werden. — Der Antrag wird angenommen und geht das Erledigen an den Senat.

**Antrag von Frau Zimmermann:** Die Bürgerschaft ersucht den Senat, das Wohlfahrtsamt zu veranlassen, die Zustellkarte für die Minderbemittelten bestimmen und von ihnen bereits im Oktober/November 1921 bezahlten Feuerungsmittel umgehend erlösen zu lassen. — Frau Zimmermann erklärt, die Kohlenlieferungen seien bis heute nicht erfolgt, die Kriegsbeschädigten von einer Woche zu anderen vertrieben. Das Wohlfahrtsamt arbeite nicht schnell genug und gebe in den Zeitungen nur Perusklausuren. — Knapp (Soz.): Frau Zimmermann hätte sich mit dem Wohlfahrtsamt in Verbindung setzen können, dann müße sie die Gründe der Verzögerung erfahren haben. Das Wohlfahrtsamt konnte auch nicht handeln wie es wollte. — Heftl: Wegen der Kasse und des Streikrechts an dem Zustand mit. Das Wohlfahrtsamt ist auch dafür eingetreten, daß einer der größten Betriebe weiterarbeiten konnte. Die Lieferungen sind jetzt fast alle erfolgt, 4 Fuhrwerke ständig unterwegs. — Mühlhölzer erklärt, daß auf Antrag von A. Pape eingeleitet, Zuschüsse, an unterliegenden und weiter zu übergeben, irrtümlich sei am 24. Oktober v. Js. bewilligten 1 000 000 Mark bewilligt 1 000 000 Mark zur ausschließlichen Verbilligung von Kartoffeln für Minderbemittelte verwendet werden. — Pape (Mdbg.) wünscht unbedingt, daß etwas in der Veranordnung der Minderbemittelten geschieht. Kartoffeln in mäßigem Wertem Maße werde man kaum hereinbekommen. Mehr müsse man dafür be-

haben. Man sollte nicht in jedem Mehrpreis den Wertparagrafen anwenden wollen. — Frau Zimmermann (DB.) behauptet, daß verdorbene Kartoffeln an die Bremerzeiten verkauft werden. Die Trumflucht nehme überhand. Bei einer Strafe habe man hier 200 betrunkenen Jugendliche, darunter sogar Kinder, angetroffen. — Der Antrag wird angenommen.

Frau Zimmermann stellt das Ersuchen an den Senat, andererseits Kamillen und Wünderbärlinchen verbilligtes Brot zu liefern. Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Der Senat erklärt, er könne dem Wunsch der Straßendahn bis zum Dummerdorfer Weg der hohen Herstellungskosten und Betriebskosten nicht zustimmen. Seit v. J. seien die Kosten von 1,8 auf 2,4 Millionen Mark rechnungswäßig gestiegen.

1. Antrag: Voranschlag für das Stadttheater und Orchester. — Dr. Vietz (Soz.) behandelt die Ergebnisse der Ausschüsse, welche letztere von kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgeht. Das Theater sei eines der wichtigsten Kulturorgane, die zur Vermittlung von kulturellen Werten beitragen und zur Gesundung des Volkes beitragen müßten. Ein Geschäftstheater diene vielmehr nur dem Amüsierpöbel. Unser Kulturtheater dagegen vermittele ethischen Genuss, die von ihm ausgehenden Wirkungen menschheitlichen Gedränges seien von hoher Bedeutung, das Kulturprogramm bilde volkswirtschaftlich. Ein wichtiger Faktor sei die Volksbühnenbewegung, die sich seit den vier Jahren in den verschiedensten Städten ausgebreitet und weiteste Kreise erfaßt habe. Wenn der Zuschauer mit einer Stimmenthaltung zu dem Beschluß gekommen sei, die Annahme der Vorlage zu empfehlen, so sei gerade dieser Punkt ausschlaggebend gewesen. Wenn sich das Kulturtheater auf den Theaterkonzerten aufbaue, also der Organisation der Theaterbesucher, dann werde es auch ein Volks- und Kunstinstitut. Die Volksbühne bedeute die Demokratisierung des Theaters, bedinge eine Vermehrung der am Theater Interessierten. Sie werde viel mehr wirtschaftliche Vorteile bringen, als aus den ersten Blick erscheine. Bisher war das Theater nur einem verhältnismäßig kleinen Kreise der Besitzenden offen. Der Zuschauer glaubt, daß die Volksbühnenbewegung es ermöglicht, nicht nur den Spielplan zu beeinflussen, sondern das Theater auch den Kreisen zugänglich zu machen, denen es bisher verschlossen war. Es wird dadurch zu einer wirklichen Volksbühne werden. Der Redner empfiehlt wiederholt die Annahme der Vorlage. — Schaller (Arb.) behauptet, der Zuschauer sei nicht in der Lage gewesen, der Bürgerschaft Vorschläge für wesentliche Verbesserungen zu machen. Die sprunghafte Entwertung der Reichsmark und die Forderungen der Entente stellen die Frage, ob es uns möglich sei, uns auf der kulturellen Höhe zu halten. Der Zuschauer werde schließlich bis auf 10—12 Millionen anwachsen und den anderen Verpflichtungen des Staates hinderlich sein. Neue steuerliche Maßnahmen würden notwendig sein. Die Arbeitsgemeinschaft werde erteilt. — Aisenh (Arb.) hält die von der Kommission gemachten Vorschläge für praktisch, wenn sie strikte durchgeführt werden. Er stimme für die Vorlage. — Amthor (Dem.) macht dem Zuschauer den Vorwurf, daß er nicht intensiv genug die Vorlage geprüft und insbesondere die finanzielle Wirkung zu weit beachtet habe. Darauf komme es hauptsächlich an. Man versuche stets, die Erwände mit künstlerischen Gegenargumenten abzumachen. Die Bevölkerung sei in letzter Zeit schwer belastet worden. Der 20%ige Aufschlag des Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreises sei nicht aufzuheben. Seine Kraktion stelle den Antrag, ihn vom 1. April ab aufzuheben. Der Staat dürfe nur die allerdringlichsten Ausgaben bewilligen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten würden gewaltig werden. Dem allen könne man mit Kunstfragen nicht entgegenreten. Das graue Elend schreie immer weiter, deshalb müsse der Staat in erster Linie diesem entgegenreten. Die Leverageausgaben der Beamten seien noch nicht ausbezahlt und schon können neue Forderungen bevor. Heute könne man ungenügend die Mittel für Theater und Orchester bewilligen, wie sie gefordert und wahrscheinlich anwachsen würden. Die Vorlage müsse abgelehnt werden. Es soll ein neuer vorgelegt werden, der den Verhältnissen entspreche. — Senator Löwig hält die Lage nicht für so schwarz, wie sie der Redner geschildert hat. Man dürfe jetzt nicht verrichten, was Jahrzehntlang aufzusuchen sei. Ohne erhebliche finanzielle Zuschüsse sei nicht auszukommen; ob die vorgesehene Summe ausreiche, könne man heute nicht sagen. Auch der Zuschußbericht enthalte ein korres finanzielles Moment. Selbstverständlich müsse mit der zunehmenden Geldentwertung auch eine Erhöhung der Eintrittspreise, insbesondere für die besseren Plätze, vor sich gehen. Für das Theater in Breslau, das ein Redner angeführt habe, seien man preislichen Landtag sogar 4 Millionen bewilligt worden. Der Zuschauer für unser Theater sei auch größer geworden, weil die Theaterbehörde die Verwaltung des Orchesters habe übernehmen müssen. Der Einwand des Herrn Amthor, daß jedes Theater nur bedingten Anbruch auf ein Kulturtheater habe, werde durch die Tatsache widerlegt, daß das Theater das Publikum nicht nur zu erheben, sondern auch künstlerisch zu unterhalten habe. Gewiß sei die Not der Alten sehr groß. Die Ursache liege aber darin, daß die im Lande erzeugten Produkte so hoch im Preise stünden, daß sich die Arbeiter kaum kaufen könnten. Wir können trotz der Not nicht alle Kulturinstitutionen abschließen, sondern müssen sie solange wie möglich aufrechterhalten. Werde die Vorlage abgelehnt, dann würden die Orchestermitglieder, die ein menschenwürdiges Leben verdienen wollen, brotlos und mit ihnen mehrere 150 Personen, die ihren Verdienst am Theater haben. Für die Aufrechterhaltung des Theaters in erster Linie kulturelle und in zweiter wirtschaftliche Gründe. Halte man den Schaden bei Schließung des Theaters gegenüber, dann müsse man zur Annahme der Vorlage kommen. In den meisten deutschen Städten habe man die Mittel hierfür bewilligt. — Reimpell (DB.): Größere Klarheit über die finanzielle Seite ist noch nicht erfolgt. Ohne ein gesundes finanzielles Budget des Staates könne man die Theaterfrage nicht lösen. Die für die Erhaltung des Theaters angegebenen Zahlen seien heute längst überholt. Dann müsse auch gefragt werden, ob die Finanzbehörde ihre Forderung als erfüllt ansehe. Der 20%ige Aufschlag für Gas, Elektrizität und Wasser werde heute nicht von der Betriebsbehörde als zu hoch angesehen. Ferner müsse man die neue Reichsbelastung des Grundbesitzes in Betracht ziehen. Es bleibe dem süßlichen Staat hier nicht viel mehr übrig. Man müsse auch noch nicht, wie es mit der Erhöhung des Säulgelbes stehe. Der Zuschauer habe zur Klärung gar nichts beigetragen. Seine Kraktion lehne die Vorlage ab. — Koh (Kom.): Es ist sehr schwierig, hier zweckentsprechende Vorschläge zur Verringerung des Staatsauswandes zu machen. Man solle doch zurück heraus die Ablehnung erklären. Das Mikverhältnis zu den Staatsentnahmen und Staatsausgaben werde immer größer. Auch von anderen Gütern des Lebens müsse man viel entbehren. Einmal müsse in diesen Dingen der Schlüssel gemacht werden. Auch die Kommunisten würden die Kunst gerne erhalten. Da sie aber auch ein förmliches Verantwortungsgefühl hätten, lehnten sie die Vorlage ab. — Senator Löwig: Da die Geldentwertung weiter fortgeschritten, könnten wir keine neue Aufstellung machen. Zudem konnte die Anstellung der Künstler nach nicht vorgenommen werden. Eine weitere Geldentwertung wird durch höhere Eintrittspreise wettgemacht. Die Finanzbehörde hatte gegen die Weiterhaltung der Vorlage nichts einzuwenden. Der 20%ige Aufschlag für Gas, Wasser und Elektrizität werde wahrscheinlich fallen gelassen. — Auch in Zukunft werde man ungeheure Summen für Millionen besitzen. Für Theater aus. — Mandke (Dem.) glaubt nicht, daß durch eine Verpachtung gemäßigtere Ergebnisse erzielt werden. Sollte man der Schuld gemäßigtere, dann könne man dies am besten durch Erhaltung des Stadttheaters. — Dr. Vietz (Soz.) erinnert erneut an die erste Behandlung aller Fragen durch den Ausschuss.

Die Vorschläge wirtschaftlicher Natur liegen ja gedruckt vor und sind ein Beweis für die sorgfältige Prüfung durch den Ausschuss. Die Demokraten hatten ja auch einen wirtschaftlichen Sachverständigen im Ausschuss. Ein richtiges Nationaltheater kann sich nur auf der Grundlage der Bevölkerung aufbauen. Wollen Sie aber den Krebsgang vom Kulturtheater zum Geschäftstheater, dann haben Sie alle Ursache, die Vorlage abzulehnen. Wir wollen in der Theaterkunst vorwärtsschreiten und eine Auswirkung zur Volksbühne. — Reimpell (DB.) ist der Meinung, daß durch die Vorlage der wirtschaftliche Schwachs dem wirtschaftlich Starren billigen Theaterbesuch verschaffen müsse. Das sei nicht sozial, sondern feudal. Die armen Leute hätten in ihrer Not keinen Sinn mehr für Theater. — Kiesel (K.) beantragt namentliche Abstimmung. — Zilenh (Arb.) erwidert Reimpell, daß es den Anfang vom Ende bedeute, wenn man Mittel für Kulturzwecke solange verweigern wolle, wie der wirtschaftliche Niedergang anhalte. — Für den Antrag stimmen 30, dagegen 31. Der Senatsantrag ist damit abgelehrt.

2. Antrag: Weitere Beihilfe für die Volkshochschule. — Fr. Kolke (DB.) erinnert an den Rückgang der Hörerzahl. Man führe ihn auf die Erhöhung der Gebühren zurück. Treffe dies zu, dann sei der Rückgang von gelehrten und ungelerten Arbeitern. Die Begeisterung der arbeitenden Bevölkerung für die Volkshochschule sei auch hier wie anderwärts nur ein Strohhalm gewesen. — Dr. Vietz (Soz.) erklärt, die Personenzahl der Hörerschaft habe gegenüber dem Vorjahre nicht nachgelassen. Aus wirtschaftlichen Gründen hätten die einzelnen Teilnehmer, die bisher mehrere Arbeitsgemeinschaften belegten, sich nur noch in eine eintragen lassen. Die hiesige Volkshochschule weise die beste Besucherzahl in Deutschland auf. Der jetzige Stamm von Hörern (50 Proz. von früher), sei ein gesunder Zustand. Bei diesem Verhältnis sei eine günstige Entwicklung zu erwarten. Der Volkshochschule die Mittel versagen könne man nicht. — Fr. Kolke: In Rücksicht auf die Zahl von 24 auf 2 gesunken. — Haut (Soz.): Bei Fr. Kolke muß man die Zahlen vorsichtig bewerten. — Koh (K.): Die Beteiligung an der Volkshochschule ist wegen Erhöhung der Hörergebühren zurückgegangen. Die Volkshochschule muß so ausgestattet werden, daß sie jeder besuchen kann. — Fr. Kolke (DB.) verteidigt ihre früher gemachten Angaben über die Stimmung der Lehrer für die Selbstverwaltung in den Schulen. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

3. Antrag: Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. (2. Lesung.) — Hent (DB.) gibt seine Abneigung gegen den 1. Mai kund. Die Landwirtschaft habe zu viel Arbeit und müsse die Felder bestellen. — Dietrich (Arb.) ist aus wirtschaftspolitischen Gründen gegen den Antrag. Industrielle und Gewerbetreibende hätten früher den Feiertagen kein Haar gekümmert, was auch heute nicht geschehe, wenn man die frühere Form des Feiertages beibehalte. — Dr. Leber (Soz.) wendet sich gegen den Vordränger, dem er u. a. erklärt, man könne wohl noch nach 8 Stunden Dienst Steine karren. Es frage sich nur, was man in den 8 Stunden vorher getan habe. Herrn Hent sei auf die Behauptung der notwendigen Feldbestellung zu erwidern, daß der für die Landwirtschaft stützende Grund in der Feiertagsfrage zum 1. Mai maßgebend sei. Wäre der 1. Mai Kaisergeburtstag, dann würde die rückständige Feldbestellung nicht angeführt werden. Dann wären manche der Herren noch am 2. Mai arbeitsunfähig. Wir betrachten den 1. Mai als Weltfeiertag der gesamten Arbeiterschaft und treten deshalb für seine gesetzliche Festlegung ein. — Kiesel (K.) tritt für die Vorlage ein und Hent (DB.) bekreuzt zum Schluß, daß die Landwirtschaft Kaisergeburtstag überhaupt feiere. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

4. Antrag: Bewilligung des Gehaltes des Seefahrtslehrers Stritz für das Polizeiamt während der Zeit der Beurlaubung in fischerischen Angelegenheiten. — Reimpell (DB.) betont, der Haushaltsausschuss habe zwar noch Bedenken, empfehle aber die unveränderte Annahme der Senatsvorlage. — Die Vorlage wird angenommen.

5. Antrag: Bewilligung von Mitteln zur Einführung von Spilaborten. — Wird angenommen.

6. Antrag: Erhöhung der Löhne für die Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Wird angenommen.

7. Antrag: Erhöhung der Löhne für das Personal der Albeder Straßenbahn. — Wird angenommen.

8. Antrag: Erhebung einer Gebühr für die Beaufsichtigung der Stiftungen. — Reimpell (DB.) beantragt eine Veränderung, die eine Beschwerde beim Senat zuläßt. — Senator Bromme: Beschwerden waren auch bisher zulässig. Stiftungen mit weniger als 25 000 M. sollen zusammengelegt werden. — Der Senatsantrag mit der von Reimpell beantragten Veränderung wird angenommen.

9. Antrag: Neuebesetzung der Stelle eines Direktors der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. — Reuselb (Dem.) glaubt, daß bei den Disparitäten in der Gehaltsfrage eine Inkonsequenz vorliege. Hier bewilligten sie mehr als die Gehaltsordnung vorschreibe und in anderen Fällen habe sie bestimmten Gruppen eine Zulage verweigert. Wenn man den neuen Direktor auf Privatdienstvertrags stelle, müßte man ihm bedeutend mehr Gehalt bewilligen. Dem neuen Herrn solle man auch die Straßenbahn unterstellen. — Heilborn (K.) lehnt die Vorlage ab. Den Arbeitern werfe man materialistische Maximen vor und den Leuten aus den eigenen Reihen bewillige man überproportionale Gehälter. — Senator Straß: Ein überproportionales Gehalt komme nicht in Frage. Zudem solle man bedenken, daß für diesen Posten nur ein ganz tüchtiger Mann in Frage komme. — Reimpell (DB.): Die Betriebsbehörde muß bei der Anstellung weitestmögliche Freiheit haben. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

10. Antrag: Aufhebung des in Travemünde für elektrischen Kraftstrom zu zahlenden Zuschlags. — Klann (K.) wendet sich gegen die Sonderbelastung der Travemünder Bewohner. Im Sommer werde der meiste Strom verbraucht. Deshalb müßten die Kurgäste den Betrag aufbringen. Die Schmatzger würden doch nach Travemünde kommen. Die Kommunisten lehnten den Antrag ab. — Sahlhdt (Dem.): Die Durchführung der Klannschen Vorschläge ist nicht möglich, sonst würde man keinem Antrag zustimmen. Alle Kurgäste Travemünder könne man doch nicht als Schmatzger bezeichnen. Der Redner tritt für die Vorlage ein und fordert Aufhebung der Zuschläge für Gas, Wasser und Elektrizität. Die Preise seien so schon hoch und würden mit der Steigerung der Kohlenpreise wachsen. — Senator Straß: Die Bahngäste Travemünder würden sehr stark zu den Steuern herangezogen. — Klann (K.) behauptet, sein Antrag sei lediglich durchführbar. Die Kurgäste hätten v. J. aus reinem Uebermut Demonstrationen für Hindenburg veranstaltet. — 10 Mrz.

## Bewertungen.

Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe. Die auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums am 24. März geführten zentralen Verhandlungen im Baugewerbe haben wiederum kein positives Ergebnis erzielt. Die großen Fragen, die als besondere Streitpunkte zwischen den Parteien benannt, sind bisher nicht gelöst worden. Es soll aber demnächst versucht werden, durch eine Kommission diese Streitpunkte zu

klären. Die Kommissionsverhandlungen wurden am 25. März wieder aufgenommen und werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Es ist in Aussicht genommen, nach einem erfolgreichen Verlauf der Kommissionsberatungen noch vor Ablauf des Reichstagsparlaments eine weitere Plenarverhandlung zu führen.

## Aus aller Welt.

Beim Baden den Tod gefunden. Im Baderaum des Bahnhofs in Petersdorf wurden die Leiche des Aufsehers Sturm und die Leiche des Schleifmeisters Kallner tot aufgefunden. Die beiden Mädchen hatten gebadet und sind dabei wahrscheinlich durch den Wasserdampf betäubt, mit dem Kopf ins Wasser gefallen und ertrunken.

Mord und Selbstmord. Der Wirt des Franziskaner-Restaurants, Bitten, hat in Krefeld seine Frau, seine 18jährige Tochter und seinen 13jährigen Sohn und darauf sich selbst erschossen. Schlechte finanzielle Verhältnisse sollen den Mann zum Tat getrieben haben.

Von Kartoffeldieben erschossen. Der Gutbesitzer Knoke in Griesenfelde (Kreis Soldin) wurde auf dem Wege nach Soldin von Kartoffeldieben, die seine Besetzung heimsuchten, durch einen Galeschuh getötet.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Die bedrohte Dom-Knabenschule.

Infolge Anwachsens der Oberrealschule wurden dem Direktor dieser Anstalt 8-10 Klassenräume der Dom-Knabenschule zur Verfügung gestellt, und dafür wurden die Volksschüler der Dom-Knabenschule in die Dom-Mädchenschule verlegt, d. h. in denselben Klassenräumen wurden am Vormittag die Mädchen und nachmittags die Knaben unterrichtet. Dieser unerträgliche Zustand sollte natürlich nur ein vorübergehender sein. Leider ist daraus ein dauernder geworden, der auch nach Ostern d. J. nicht aufhören soll. Die Zusammenlegung hat für die Kinder die größten Nachteile in gesundheitlicher und unterrichtlicher Beziehung. Die Unterrichtsstunden müssen abgekürzt werden, ja einige müssen ausfallen. Daher muß die geistige Förderung der Kinder naturgemäß zurückbleiben. Die Durchführung des neuen Lehrplans, der endlich gekommen ist, ist durch die Zusammenlegung unmöglich. Auf Kosten der höheren Schulen müssen die Volksschüler Schaden an Geist und Körper erleiden. Dieser Zustand ist aber nicht nötig. Die höheren Schulen haben durch die Einführung der Grundschule seit Ostern 1921 so viele Klassenräume frei bekommen, daß die Räumung der Dom-Knabenschule von den Schülern der Oberrealschule zu Ostern möglich ist. Es muß alles daran gesetzt werden, um so bald wie möglich den normalen Zustand wieder herbeizuführen. — e.

## Neue Bücher.

Matzejzeitung 1922. Durch den ersten Mai klingt das Kampflied und der Melodie des Sozialismus. Der erste Mai ruft alle Schaffenden zu einer weltpolitischen Kundgebung gegen den Kriegsgott, gegen die Ausbeutung und das Schmarozkertum in jeder Form auf, der erste Mai versammelt alle Arbeitenden zu andachtsvoller Vereinerung in das Sturmbegehrt, geistlich-geistliche Werden der Natur und Gesellschaft. Die beiden Grundgedanken des ersten Mai bringt die Matzejzeitung 1922 zum lebendigsten Ausdruck. Ueber dem ausbeuterischen Drogenium der Gesellschaft schwingt Saint-Simon in seiner berühmten „Parabel“ die Geißel, die opfervolle Hingabe an das große Menschheitsringen für eine höhere Gemeinschaftskultur predigt die soziale Enstereix Clara Müller-Jahnke. Zum Schluß singt Goethe seinen tiefstehenden, in der erhabenen Schönheit der Psalmensprache prägnanten Hymnus auf die ewiggestaltende, geistlich-schöpferische Natur. Es ist ein Gesang aus der Tiefe, ein Gesang von Ewigkeitsehalt, voll wunderbarer Deutungen des großen geheimnisvollen Werdens im All. Die Meisterhand Hans Baluschek's hat die Grundgedanken des ersten Mai in künstlerische Formen gegossen. Auf zutes Partier und schönen Satz ist Wert gelegt worden, so daß die Matzejzeitung 1922 in ihrer literarisch wie künstlerisch feiner Ausführung allerorts unsere Genossinnen und Genossen erfreuen und zur würdigen Feier des ersten Mai wesentlich beitragen wird. Die Organisationen erhalten die Zeitschrift zu Minimalpreisen. Bestellungen sind zwecks rechtzeitiger Besterlegung sofort bei der örtlichen Parteiverhandlung oder direkt an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, aufzugeben.

„Im Dienste der Entente.“ Durch das Strafgericht, das Hans Dehnbild in seiner Schrift: „Ruben dorffs Selbstporträt“ an dem Organismus der deutschen Niederlage vollzogen hat, ist die Aufmerksamkeit der deutschen Leser wieder auf den französischen Geheimbericht Nr. 7 gerichtet worden, der unsere Abenteurer förmlich als Bundesgenossen der Entente begrüßt. Vor kurzer Zeit hat nun Genosse Reif diesen Bericht in einer selbständigen, den alldeutschen Landesverband taglich herausgebenden Bearbeitung unter dem Titel: „Im Dienste der Entente“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, (Preis 3 M.) herausgegeben. Dehnbild schreibt über den französischen Geheimbericht: „Millionenfach sollte dieses Schriftstück in deutschen Hölle verbreitet werden.“ Wohlja, Genossen, jetzt für die massenhafte Verbreitung der Schrift Reif.

„Vollständige Einführung in das Marx-Stadium.“ Von Paul Fischer. Durchgegeben und vorwollständig von Paul Kampffmeier 1922. Verlag J. H. Dieckmann und Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 6 M. Das kommunistische Kostan überschüttet die Arbeiterwelt mit einem wahren Hagregen von Flugchriften, die tendenziös die Lehren von Karl Marx verzerrten. Dadurch wurde und wird immer noch in der politischen Praxis eine heillose Verwirrung in den Köpfen des politisch unerzogenen Proletariats erzeugt. Diese Latsche macht eine vollständige Einführung der Arbeiterklasse in die Gesellschaftstheorie und in die nationalökonomischen Theorien von Karl Marx zu einer politischen Notwendigkeit. Die Schrift von Paul Fischer, die früher wegen ihrer vollständigen Darstellung in immer neuen Auflagen herausgegeben werden mußte, ist jetzt wesentlich erweitert worden, um den Nationalökonomien, Soziologen und Historiker Marx den Arbeitern völlig verstehen zu lassen. Die Schrift gibt überdies in knapper Zusammenfassung den Inhalt des Marx'schen „Kapitals“ wieder. Das „Kapital“ wird als hochbedeutendes national-ökonomisches, soziologisches und geschichtliches Werk gewürdigt. Mit Hilfe dieser Einführung in das „Kapital“ wird der Arbeiter sich gründlich in das Stadium des „Kapitals“ vertiefen können.

## Geschäftliches.

Millionen Menschen kann man nicht dauernd dazu überreden, daß etwas Schlechtes gut ist. Wenn daher Millionen Menschen seit etwa 30 Jahren tagaus tagein mit Genuss ihren Kaffreiners Kaffee trinken und sich dabei wohlfühlen, so ist das ein Beweis dafür, daß dieses Getränk wirklich und dauernd befriedigt. Es trägt aber auch zur Streckung des Wirtschaftsgeldes bei, denn es ist billig. Man kann durch Kaffreiners Kaffee in unseren teuren Zeiten auch sparen.

### Achtung.

Bei einer lustigen Hochzeitsfeier Kolonie Hochzeitswerk war der 2. Mai für die Alterspönde durch Verfestigung eines Bäcklings erzielt.

**Bekleidung**

**Törber & Goßmann**  
Feine Maßschneiderei,  
Fernruf 2119, Mühlenstraße 82.

**J. H. Pein** Markt 10/12, Breite Straße 64/68.  
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten, Belledern, Herren- und Knaben-Garderobe, Arbeits- und Berufskleidung.

**Arbeiter!** Arbeitshosen, Kagen, Herren- u. Jünger-Anzüge kauft man am besten bei **C. Peter**, Glockengießerstr. 81.

**F. A. Müller** Leinen - Wäsche  
Betten  
Braut- und Kinder-Ausstattungen.

**Heinrich Waller** Breite Straße 60  
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe, Hüte.

**Ernst Wehde** Herrenartikel, Beckergrube 88.

**Hut-Richter** Breite Straße 20, Hüxstraße 44.  
Fernruf 2448. Größte Auswahl. Billigste Preise.



Lübeck  
Mühlenstraße 84.

Reserviert für  
**Franzen & Co.** Hoisenstr. 21, Herrenartikel.

**J. H. Evers** Tuchhandlung,  
Beste Bezugsquelle für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe. Lieferung auch durch sämtliche Schneidermeister.

**Berta Döhrmann Nchf.**  
Holstenstraße 18/15.  
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

**Emma Rösch** Johannisstraße 1, I.  
Sämtliche Neuheiten in Hüten der Frühjahrs-Saison sind eingetroffen.

**D. Wagner** Damen- u. Kinderputz  
Holstenstraße 8.

**Carl Ritter** gegründet 1801.  
Spezialhaus f. Besatzartikel. Fernruf 3873. Breite Straße 26.

**Handarbeiten** modern, geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft **Ritz**. Fernruf 3333. Obere Wahnstraße 1.

**Richard Haase** Breite Straße 37.  
Fernruf 2-59. Pelzwaren.

**Gebr. Hirschfeld** Breite Str. 39/41  
Telephon 106.  
Modewaren für Damen- und Kinderkonfektion.

**Struve & Baumeister**  
Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufakturwaren. Breite Straße 58.

**August Haerder & Co.**  
Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung, Seiden- und Kleiderstoffe, Baumwollwaren.

**Joh. Holst inb. A. Lüders**  
Hüxstraße 55. Manufaktur- und Kurzwaren.

**Karl Zegelin** Johannisstraße 11  
Umschneide- u. Strumpfwaren. Knabenstrümpfe usw.

**Friedrich Renner**, Hüxstraße 49. Fernr. 2962.  
Feine Herren- u. Maß-Schneiderei. Lager in- und ausländischer Stoffe.

**W. Ramm** Johannisstraße 16.  
Korsetts jeder Art.

**Favorit**, Johannisstraße 7, inb. A. Klaus.  
Schneider, Reing., Färb., Herren- u. Arb.-Artikel.

**C. G. Torshül** Fünfhaus 12 Wäsche- aussteuer. Herr.-Artikel.

**Karl Frösch**, Aggers- denerstr. 63. An- u. Ver- knauf. Kleiderstoffe, Färb., Wäsche und Bettzeug.

**J. U. Kröger** Gegr. 1782.  
Fernruf 1.  
Travemünde, Tenstraße 1. Kolonialwaren, Brenn- stoffe.

**J. Rickman, Travemünde**  
Fernruf 110. Aufgangstraße 19/71.  
Kolonialwaren, Brennmaterialien.

**Geschäftliche Rundschau**  
und  
**Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

**Möbel und Dekoration**  
**F. Kloetzen**,  
Königsstraße 65/67.  
Möbel u. Dekorationen

**Ludwig Möller** Mühlen-  
straße 45.  
Kunsthandlung, Kunstausstellung, Rahmenfabrik.

**Boldts Möbellager**  
Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-  
einrichtungen. Fischereigrube 25/27.

**Gebrüder Heick**  
Lübeck, Sandstr. 7. Fernspr. echer 851. Gegr. 1876.  
Tapeten- und Teppichgeschäft, Spezialhaus für  
Innendekoration.

Reserviert für  
**Johann Pamperin**

**Rehm**, Beckergrube  
18.

**Lübecker Stahlfeder-  
Matratzen-Fabrik** Inh.  
Carl Mühlke jr.  
Fernruf 3282. Flundestraße 54.

**Friedr. Matz** Inhaber Paul  
Engelbrecht.  
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.  
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.  
Gegründet 1808.

**Carl Folkers** Wohnungs-  
Ausstattungs-geschäft.  
Marlesgrube 28/25 und 28/32. Fernruf 2754.

**Eugen Zangerl Tapetenlager**  
Breite Straße 53, I.

**Matratzenhaus Reinecke**  
Beckergrube 22.

**Karl A. F. Westphal**  
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-  
stoffe usw. Untertrave 114/15, I., Ecke Holstenstr.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-  
Gesellschaft**

**Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.**

Hamburg		Büden		Eutin		Travemünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büden	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde
ab 6:30	7:15	ab 8:00	9:15	ab 7:15	8:15	ab 5:20	6:00
7:45	9:21	1:30	2:45	9:45	10:45	8:15	9:00
2-4 9:1	10:50	4:15	5:30	12:15	1:05	9:45	10:15
9:30	10:50	5:30	6:45	1:45	2:35	2:07	2:47
11:08	12:25	9:12	10:27	2:00	2:50	6:45	7:20
2-4 9:1	10:17	10:27	11:42	2:30	3:20	7:50	8:25
1:35	2:56	10:47	11:54	3:00	3:50	8:50	9:25
3:4	5:02	11:17	12:24	3:30	4:20	9:55	10:30
2-4 9:1	12:22	12:22	1:29	4:00	4:50	10:55	11:30
4:17	5:35	1:57	3:04	4:30	5:20	11:55	12:30
2-4 9:1	6:35	3:35	4:42	5:00	5:50	12:55	1:30
7:10	8:30	4:05	5:12	5:30	6:20	1:35	2:10
7:42	9:00	4:35	5:42	6:00	6:50	2:05	2:40
8:10	9:30	5:05	6:12	6:30	7:20	2:35	3:10
8:40	10:00	5:35	6:42	7:00	7:50	3:05	3:40
9:10	10:30	6:05	7:12	7:30	8:20	3:35	4:10
9:40	11:00	6:35	7:42	8:00	8:50	4:05	4:40
2-4 9:1	11:40	7:05	8:12	8:30	9:20	4:35	5:10
		7:35	8:42	9:00	9:50	5:05	5:40
		8:05	9:12	9:30	10:20	5:35	6:10
		8:35	9:42	10:00	10:50	6:05	6:40
		9:05	10:12	10:30	11:20	6:35	7:10
		9:35	10:42	11:00	11:50	7:05	7:40
		10:05	11:12	11:30	12:20	7:35	8:10
		10:35	11:42	12:00	12:50	8:05	8:40
		11:05	12:12	12:30	1:20	8:35	9:10
		11:35	12:42	1:00	1:50	9:05	9:40
		12:05	1:12	1:30	2:20	9:35	10:10
		12:35	1:42	2:00	2:50	10:05	10:40
		1:05	2:12	2:30	3:20	10:35	11:10
		1:35	2:42	3:00	3:50	11:05	11:40
		2:05	3:12	3:30	4:20	11:35	12:10
		2:35	3:42	4:00	4:50	12:05	12:40
		3:05	4:12	4:30	5:20	12:35	1:10
		3:35	4:42	5:00	5:50	1:05	1:40
		4:05	5:12	5:30	6:20	1:35	2:10
		4:35	5:42	6:00	6:50	2:05	2:40
		5:05	6:12	6:30	7:20	2:35	3:10
		5:35	6:42	7:00	7:50	3:05	3:40
		6:05	7:12	7:30	8:20	3:35	4:10
		6:35	7:42	8:00	8:50	4:05	4:40
		7:05	8:12	8:30	9:20	4:35	5:10
		7:35	8:42	9:00	9:50	5:05	5:40
		8:05	9:12	9:30	10:20	5:35	6:10
		8:35	9:42	10:00	10:50	6:05	6:40
		9:05	10:12	10:30	11:20	6:35	7:10
		9:35	10:42	11:00	11:50	7:05	7:40
		10:05	11:12	11:30	12:20	7:35	8:10
		10:35	11:42	12:00	12:50	8:05	8:40
		11:05	12:12	12:30	1:20	8:35	9:10
		11:35	12:42	1:00	1:50	9:05	9:40
		12:05	1:12	1:30	2:20	9:35	10:10
		12:35	1:42	2:00	2:50	10:05	10:40
		1:05	2:12	2:30	3:20	10:35	11:10
		1:35	2:42	3:00	3:50	11:05	11:40
		2:05	3:12	3:30	4:20	11:35	12:10
		2:35	3:42	4:00	4:50	12:05	12:40
		3:05	4:12	4:30	5:20	12:35	1:10
		3:35	4:42	5:00	5:50	1:05	1:40
		4:05	5:12	5:30	6:20	1:35	2:10
		4:35	5:42	6:00	6:50	2:05	2:40
		5:05	6:12	6:30	7:20	2:35	3:10
		5:35	6:42	7:00	7:50	3:05	3:40
		6:05	7:12	7:30	8:20	3:35	4:10
		6:35	7:42	8:00	8:50	4:05	4:40
		7:05	8:12	8:30	9:20	4:35	5:10
		7:35	8:42	9:00	9:50	5:05	5:40
		8:05	9:12	9:30	10:20	5:35	6:10
		8:35	9:42	10:00	10:50	6:05	6:40
		9:05	10:12	10:30	11:20	6:35	7:10
		9:35	10:42	11:00	11:50	7:05	7:40
		10:05	11:12	11:30	12:20	7:35	8:10
		10:35	11:42	12:00	12:50	8:05	8:40
		11:05	12:12	12:30	1:20	8:35	9:10
		11:35	12:42	1:00	1:50	9:05	9:40
		12:05	1:12	1:30	2:20	9:35	10:10
		12:35	1:42	2:00	2:50	10:05	10:40
		1:05	2:12	2:30	3:20	10:35	11:10
		1:35	2:42	3:00	3:50	11:05	11:40
		2:05	3:12	3:30	4:20	11:35	12:10
		2:35	3:42	4:00	4:50	12:05	12:40
		3:05	4:12	4:30	5:20	12:35	1:10
		3:35	4:42	5:00	5:50	1:05	1:40
		4:05	5:12	5:30	6:20	1:35	2:10
		4:35	5:42	6:00	6:50	2:05	2:40
		5:05	6:12	6:30	7:20	2:35	3:10
		5:35	6:42	7:00	7:50	3:05	3:40
		6:05	7:12	7:30	8:20	3:35	4:10
		6:35	7:42	8:00	8:50	4:05	4:40
		7:05	8:12	8:30	9:20	4:35	5:10
		7:35	8:42	9:00	9:50	5:05	5:40
		8:05	9:12	9:30	10:20	5:35	6:10
		8:35	9:42	10:00	10:50	6:05	6:40
		9:05	10:12	10:30	11:20	6:35	7:10
		9:35	10:42	11:00	11:50	7:05	7:40
		10:05	11:12	11:30	12:20	7:35	8:10
		10:35	11:42	12:00	12:50	8:05	8:40
		11:05	12:12	12:30	1:20	8:35	9:10
		11:35	12:42	1:00	1:50	9:05	9:40
		12:05	1:12	1:30	2:20	9:35	10:10
		12:35	1:42	2:00	2:50	10:05	10:40
		1:05	2:12	2:30	3:20	10:35	11:10
		1:35	2:42	3:00	3:50	11:05	11:40
		2:05	3:12	3:30	4:20	11:35	12:10
		2:35	3:42	4:00	4:50	12:05	12:40
		3:05	4:12	4:30	5:20	12:35	1:10
		3:35	4:42	5:00	5:50	1:05	1:40
		4:05	5:12	5:30	6:20	1:35	2:10
		4:35	5:42	6:00	6:50	2:05	2:40
		5:05	6:12	6:30	7:20	2:35	3:10
		5:35	6:42	7:00	7:50	3:05	3:40
		6:05	7:12	7:30	8:20	3:35	4:10
		6:35	7:42	8:00	8:50	4:05	4:40